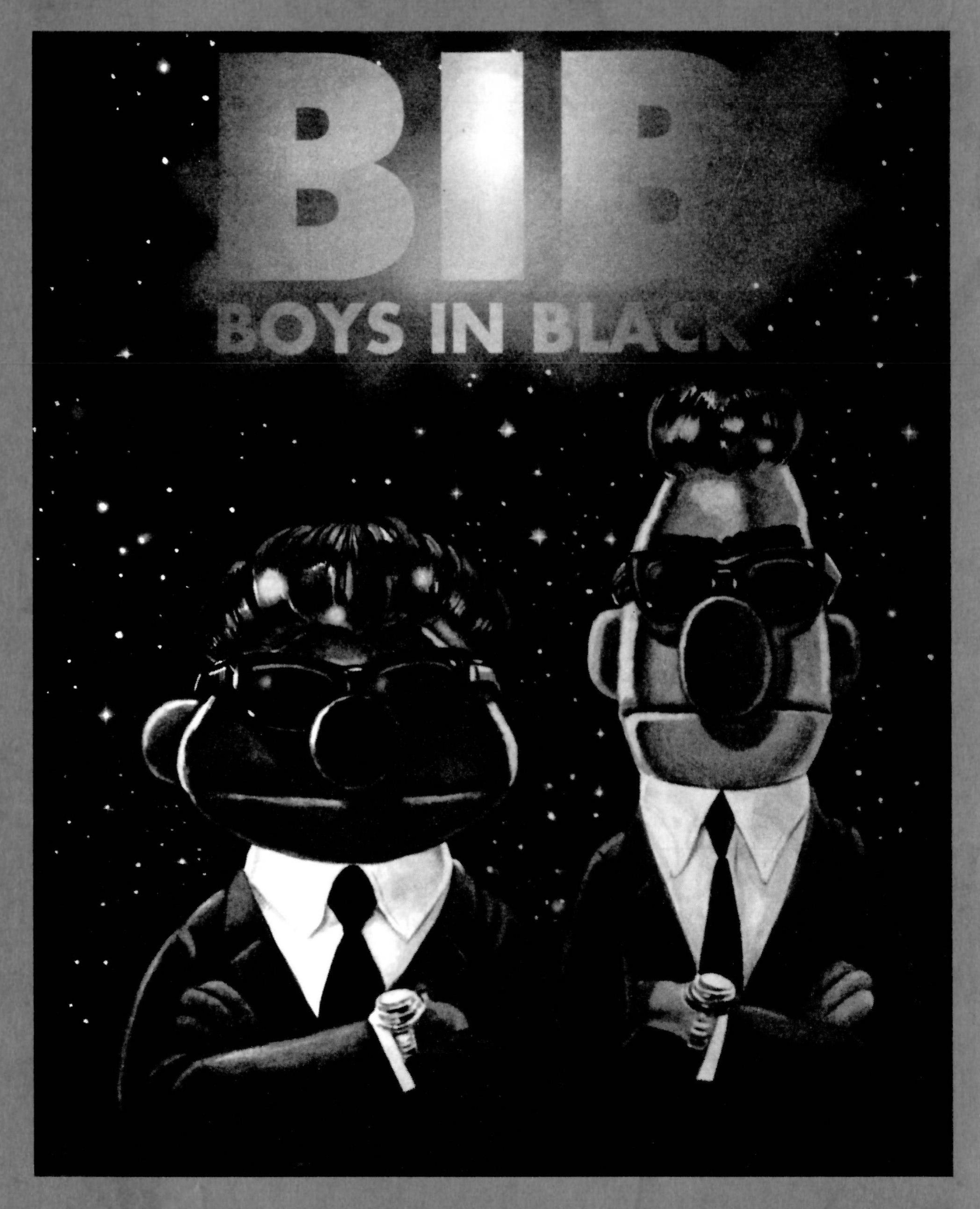
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Nr. 461

15. Oktober 1998

Na, wieder 2,50DM ausgegeben?

Wo ötzy jetzt als Bär entlarvt wurde, Lochness immer noch nicht gesichtet wurde und der Gen-Text aus der Kassiba geklaut ist, fragen wir uns was tun wir hier eigentlich? An dieser Stelle tausend Grüße an unsere Freundin und Mutti! Wir sehen uns ja hoffentlich ALLE am 17. Oktober um 14 Uhr am Bahnhofsplatz, weil Antifa-Demo in KW, Nazis auf's Maul und sowieso.

Wir freuen uns über die vielen zu Hause gebliebenen Vertriebenen am 3. Oktober, bleibt da wo ihr seid! und die kläglichen 20, die zitternd im Regen standen. Und mal wieder betätigten sich die Bullen als Transportunternehmen für die Altlasten.
Und natürlich Danke den Wetterfröschen für den Schneeregen an diesem Tag!
Weniger erfreulich waren die feiernden türkischen Faschisten und Nationalisten nach einem gewonnenen Fußballspiel der Türkei, die meinten am Abend des 10.10. im K-Kiez nerven zu müssen. Kein Bock auf Faschos egal woher!

Schade, daß uns keine Artikel zum Abschiedskongress der Karawane erreicht haben. Sowieso, schreibt mal was, sonst bleiben die Seiten leer! Es ist immer wieder schön fertig lay-outete Texte zu erhalten !!!!!!!

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem/der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis:



Ordner:
- Flugi zu Nazimusikern in Velbert
- Streetwalking & Carwalking

EINLADUNG:
Wir laden alle (Jugend-) Antifagruppen und Personen zu einem Vorbereitungstreffen bezüglich der Silvio Meier Demo ein. Die Antifa-Demo soll im November stattfinden und durch Friedrichshain und Lichtenberg verlaufen. Dieses Treffen soll am 18.10.'98 um 18 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a stattfinden.
Bringt gute Ideen mit!
Demo-Vorbereitungsgruppe

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift siehe oben
V.i.S.d.P.: Chalotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruckverl

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig

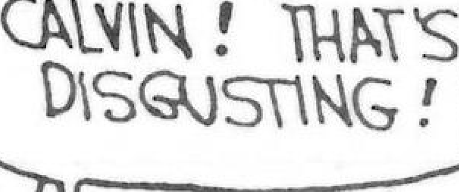




EA Rostock

Betrifft: 19. September – Rostock

Liebe Leute,
wenn Ihr noch wichtige Informationen oder Fragen zu Festnahmen habt, Vorladungen bekommt oder Zeugenaussagen machen könnt, meldet Euch mit der Angabe einer Rückmeldemöglichkeit unter unser neuen Telefonnummer **0381 – 49 22 989** bei uns. Gedächtnisprotokolle sind wie immer wichtig, sollten aber bei uns persönlich abgegeben werden. Wir können auch gegebenenfalls AnwältInnen vermitteln.
Zusätzlich ist es auch möglich, sich beim EA Berlin unter 030 – 69 22 222 zu melden





Zu dem verletzten Antifaschisten:
Er befindet sich noch im Krankenhaus und lag bis Montag (28.09.98) im Koma. Sein Zustand verbessert sich langsam. Die Rostocker Polizei spricht weiterhin von einem Verkehrsunfall, seit letzter Woche ermittelt der Staatsschutz gegen Leute von uns und sucht „Zeugen"!.
Spendenkonto: Abraxas, Ktonr.:22 199 88, Blz.:258 551 335, Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg, Stichwort: „Holger"



Etwa 100 Rostocker Antifas haben am Sonnabend, den 26.09.98, gegen Naziterror und Verschleierungstaktik der Bullen demonstriert.
Aus dem Redebeitrag:
Wir protestieren gegen die - die Hintergründe verschleiernden - Veröffentlichungen der Rostocker Polizei!
Wenn nach einem Überfall ein daran beteiligtes Naziauto einen Antifaschisten auf der Straße mit 80 km/h umfährt, dann ist das kein Verkehrsunfall!
Und wenn die Insassen noch kurz vor ihrer Festnahme eine Reichskriegsflagge entrollen, dann ist auch nicht unklar, welchem Spektrum die Täter zuzuordnen sind.
Herr Polizeidirektor Abramowski, warum verschweigen Sie die Tatsachen?
Daß der Täter noch am selben Tag wieder freigelassen wurde und daß seit einigen Tagen der Staatsschutz gegen Leute ermittelt, die in der Nähe des Tatortes gestanden haben könnten, ist nur noch bezeichnend. Zeugen werden so zu Beschuldigten gemacht.





Das Vorgehen und die Ermittlungen der Polizei reihen sich ein in eine Kette von staatlichem Handeln, das lieber neofaschistische Gewalt leugnet, verschweigt oder relativiert.
Das ist die Voraussetzung dafür, daß immer mehr Menschen, die die Nazis nicht wollen, sich nicht mehr trauen, dies öffentlich zu sagen.





Am 21./22. November
in Witzenhausen /Unterrieden
Achtet auf Ankündigungen!







Der Fall Rostock:
Das Ende oder der Anfang neuer Perspektiven?

Nach dem größten Happening des wiedervereinigten deutschen Mobs im August 1992, lag ein dunkler Schatten über dem Image der Stadt Rostock. Kein zweiter Ort in Deutschland hatte sich zu solch einem Symbol für den Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft und der anschließenden Umsetzung des Drucks der Straße durch das Parlament entwickelt. Zwar gab und gibt es noch tausend andere Orte des Grauens, dessen unvollständige Aufzählung den Rahmen dieser Zeitschrift wohl bei weitem sprengen würde, aber Rostock hatte es nun einmal erwischt.
Wen wundert es da also, daß der angekündigte Aufmarsch der NPD am 19.09.1998 den Rostockerinnen und Rostockern gerade recht kam, um sechs Jahre nach dem Pogrom wieder eine Chance auf den so lange ersehnten Sonnenstrahl zu wittern. Die Rechnung der RostockerInnen war einfach. Die Nazis sollen doch marschieren, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: erstens bloß keine Demonstration bzw. Kundgebung vor dem sogenannten „Sonnenblumenhaus", da so nur zu leicht die Bilder von damals wieder in die internationalen Schlagzeilen geraten könnten und zweitens, die Nazis dürfen auf keinen Fall mehr TeilnehmerInnen stellen als die Bündnisdemonstration für das saubere Rostock. Die dritte Bedingung, daß es auf gar keinen Fall zu Krawallen oder Ausschreitungen kommen darf, wurde mit politischem Scharfsinn nicht an die Nazis gestellt, sondern an die im Bündnis beteiligten Antifas. Soviel zur Situation in Rostock und den Interessen der Bevölkerung. Für Antifas an diesem Tag zwar keine besonders guten Voraussetzungen, aber auch nichts außergewöhnliches.

Was die Aktivitäten in Rostock für uns allerdings zu etwas besonderen gemacht hat, war, daß hier fast alle an der autonomen Antifa kritisierbaren Punkte höhepunktartig zusammenfielen. Und das schlimme dabei ist, daß so eine Situation in den meisten Städten genauso wieder passieren könnte. Deutlich wird dies unter anderem daran, daß sich im Vorfeld fast keine Gruppe kritisch mit den Vorbereitungen zur Mobilisierung nach Rostock auseinandergesetzt hat und nur so die Rostocker Antifas die Möglichkeit hatten, ihr Konzept, bestehend einerseits aus organisierter autonomer Avantgarde und andererseits aus breitem Volksbündnis (andere Politikansätze wurden gar nicht beachtet), durchzuziehen. Hätten sich mehrere Gruppen gegen so ein Konzept ausgesprochen und auch ihre Mobilisierung davon abhängig gemacht, wäre es wohl kaum einer mobilisierenden Gruppe egal gewesen, was andere Gruppen von ihrem Konzept halten. Und hier sehen wir eine Ausnahme bei den Rostocker Antifas, ihnen war es anscheinend egal, denn sie hatten die Auflage des Bündnisses - keine Krawalle, keine Ausschreitungen. Da wollten Sie sich lieber nicht auf die Antifas verlassen, denn ein Stillhalteabkommen zwischen der autonomen Antifa und dem Rostocker Bündnis gegen Rechts kam nicht zustande.
Natürlich fällt es uns jetzt nach den Ereignissen leichter, sagen zu können, daß wir uns nicht mehr erhofft haben, aber wieso war es möglich, daß das Konzept von fast allen Antifagruppen getragen wurde? Auf Grund solch inhaltlicher und konzeptioneller Differenzen ist es für uns nicht möglich viele Leute für solche Großereignisse zu mobilisieren, denn als mitorganisierende Gruppe trägt man auch - und das in nicht geringem Maße - Verantwortung für die Leute, die mobilisiert werden. Gerade bei großen Naziaufmärschen bzw. größeren Demonstrationen sind wir genauso auf die unorganisierten AntifaschistInnen angewiesen, wie sie auf ein gut durchdachtes und vor allem realistisches Konzept. Und gerade dadurch ist es für die mobilisierende Gruppe unabläßlich, sich der Verantwortung bewußt zu sein und diese zu übernehmen. Die Rostocker wurden mit ihrem Konzept dieser Verantwortung nicht gerecht. Sie boten einzelnen und unorganisierten Antifas keine Möglichkeit sich zu beteiligen (sei es durch Ausschluß aus dem Informationsfluß oder der Nichtbeachtung von Kritik) und sorgten auch nicht für deren Schutz. Warum haben dann die anderen Antifagruppen, die nach Rostock mobilisierten, nicht interveniert? Die positivste Annahme dabei ist sicher noch, daß sich die teilnehmenden Gruppen generell zu wenig mit dem Konzept der vor-Ort-Gruppe auseinandersetzen, sondern einfach nur hinfahren, egal wohin und zu was. Leider enden solche Ausflüge immer öfter für viele Leute im Polizeikessel, nach einer Polizeisperre in irgendeinem Stadtteil wo weit und breit keine Nazis sind oder sogar im Unterbindungsgewahrsam.

Wie konnte es überhaupt zu so einem Konzept kommen?
Das Rostocker Konzept ist für uns die Folge einer fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzung und einer Gutgläubigkeit gegenüber den im Bündnis beteiligten Gruppen. Es wurde versäumt, eigene antifaschistische Inhalte einzubringen und eine eindeutige Positionierung der Bündnispartner einzufordern (z.B. auch zur sogenannten „Gewaltfrage") um so in späteren Situation ein von allen getragenen Konsens zu haben, der ein konkretes Handeln ermöglicht. Anhand dieser inhaltlichen Auseinandersetzungen wird sich auch erst feststellen lassen, mit wem man im Bündnis zusammenarbeiten kann und wer aufgrund dessen als potentieller Bündnispartner wegfällt. Diesen Schritt sollte man unbedingt gehen, um später unerwarteten Situationen vorzubeugen bzw. um nicht irgendwann feststellen zu müssen, daß man im Bündnis keinen Einfluß / keine Bedeutung mehr hat.
Die inhaltliche Arbeit setzt natürlich eine Reflexion der Situation voraus und sollte nicht aus dem immer wieder herauskehren veralteter Parolen bestehen, wie es zuletzt die Rostocker Antifas glänzend praktizierten. Kein Wort von den 1992 Beifall klatschenden Bürgern, kein Wort von dem alltäglichen Rassismus heutzutage. Statt dessen gehen die Rostocker Antifas davon aus, „daß in Rostock die allermeisten den Nazi-Aufmarsch nicht wollen". Da in Rostock beinahe alle gesellschaftlichen Kräfte den Bündnisaufruf unterstützen, müssen die Rostocker eher aufpassen, daß da



jetzt „Einzelne, die Breite, nicht für eigene Profilierung ausnutzen" und die arme Bevölkerung, die „dennoch offene Ohren" für die rassistischen Parolen haben, nicht pauschal beschimpft werden. Statt dessen „sollten wir uns lieber die Mühe machen, unsere eigenen argumentatorischen Defizite zu überarbeiten" (alle Zitate aus dem Rostocker Antifa-Aufruf). Wenn man die Bevölkerung dermaßen in Schutz nimmt und als eigenes Ziel seiner Aktivitäten angibt, nicht immer nur als Chaoten dargestellt zu werden, sondern lieber mit den lokalen Behörden und der Bevölkerung auf Schmusekurs zu gehen, weil dadurch die eigenen Strukturen gefestigt werden, sollte man sich nicht über die Ereignisse am 19.09.1998 wundern. Wie bereits weiter oben erwähnt ging es den RostockerInnen nämlich nicht um die Verhinderung des Naziaufmarsches, sondern nur um die Reinwaschung ihrer eigenen Mitschuld an den Pogromen 1992.
Das die meisten Antifagruppen zu fast jeder größer mobilisierten Demo fahren, ohne sich inhaltlich und konzeptionell zu positionieren, zeigte sich für uns bei der Demo in Rostock einerseits und bei einer heutigen Betrachtung der Wurzen-Demo vom 16.11.1996, wo wir ca. 6.000 AntifaschistInnen mobilisieren konnten. Dort konstatierten wir „Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen" und machten es zu einem Hauptinhaltspunkt, die ideologischen Gemeinsamkeiten von militanten Nazis und der sie schützenden Bevölkerung zu thematisieren. Folgerichtig demonstrierten wir unter dem Motto „Kampf den braunen Zonen - Den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!" auch gegen die dort ansässige Bevölkerung und nicht nur gegen deren Keulen schwingende Kinder. Auch zum 1. Mai versuchten wir, die rassistische Grundstimmung in der Bevölkerung zu thematisieren: „Die Nazis agieren innerhalb eines gesellschaftlichen Zustandes, dessen Unterstützung sie sich gewiß sein können. Sie können sich als elitäre Vorreiter der rassistischen Bevölkerung begreifen. ... denn die Bevölkerung findet im Auftreten der Nazis auch ihre eigenen Sekundärtugenden und Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung wieder." (aus dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts Leipzig zum 1. Mai 1998).

Dachte man, eine Kritik am rassistischen Konsens innerhalb der deutschen Bevölkerung, hätte sich in autonomen antifaschistischen Zusammenhängen langsam zu einem Selbstverständnis entwickelt, wurde man spätestens durch Rostock und Chemnitz eines besseren belehrt. Die Kritik an dem Rassismus der Bevölkerung mußte in Rostock auch deshalb ausbleiben, da sich das Rostocker „Bündnis gegen Rechts" gemeinsam mit dieser unter dem Symbol des Schmetterlings vereinigte. Der Schmetterling, welcher 1989 die Rostocker Bürgerbewegung, also gleichzeitig die „Deutschland einig Vaterland - Bewegung" symbolisierte, verbietet eine Hinterfragung des gesellschaftlichen Rassismus. Logische Konsequenz daraus war, daß die Rostocker Antifas eine Demo in Lichtenhagen befürworteten, die durch eine Suppe aus Bürgern und „untergetauchten" autonomen Antifas das antifaschistische Rostock präsentieren sollte. Wer mit dieser Tradition nichts zu tun haben will und sich „nur" als AntifaschistIn in Rostock gegen den NPD-Aufmarsch stellen wollte, mußte sich von vornherein darüber im Klaren sein, daß er als „böser Antifa" kriminalisiert wird. Das Pünktchen auf dem sogenannten „I" lieferte das Rostocker Bündnis gegen Rechts letztlich mit einer Distanzierung von den „gewalttätigen Linksautonomen".
Eigene antifaschistische Politikansätze wie wir sie versuchen durchzusetzen, kamen so kaum oder gar nicht zur Geltung. Im Gegensatz zu den Vorstellung der Rostocker Antifas, aber auch vieler anderer Antifagruppen, halten wir es für völlig falsch, mit dem eigenen antifaschistischen Auftreten den Versuch zu unternehmen, daß „andere Deutschland" zu repräsentieren. Denn solange die Konstatierung des rechten Konsens in der Gesellschaft richtig bleibt, solange gewährt die Fiktion eines „anderen Deutschland" der Nazimobilisierung nur Deckung. Die Analyse, daß die Lichterketten Irrlichter waren, stimmt für uns immer noch und gerade durch solche Anti - NPD - Kundgebungen wie sie auch in Rostock abgehalten wurden, ändert sich die rassistische Substanz in weiten Teilen der Bevölkerung mit Sicherheit nicht. Und dies schon deshalb, weil häufig, wie auch in Rostock, offizielle Vertreter rassistischer und nationalistischer Politik vertreten sind. Solche antifaschistischen Bündnisdemos bedeuten damit immer auch ein Stück Heuchelei.
Perspektivisch gesehen glauben wir, daß die einzig effektive Aktionsform gegen Nazidemonstrationen nur darin bestehen kann, genau dort zu agieren, wo auch die Nazis sind. Dies eröffnet uns zum einen die Möglichkeit den Handlungsspielraum der Nazis einzuschränken und bildet zum anderen die Voraussetzung, ihnen ihre Medienpräsenz zu nehmen. Die Vorstellung eines Chaos, daß untrennbar mit Nazidemos verbunden sein könnte, eröffnet uns zu mindest ansatzweise die Möglichkeit, ihnen die Show zu stehlen. Der gute Ruf der Stadt, der durch eine solche Berichterstattung angeblich ruiniert wird, ist sowieso nirgends legitim, wo Nazis ungestört aufmarschieren können.
Antifaschismus hat unserer Meinung nach künftig nur eine Perspektive, wenn Klarheit darüber besteht, mit welchen Ansprüchen an Bündnisarbeit herangegangen wird und eigene Inhalte dabei nicht verloren gehen. Und diese sollten sich, wie schon mehrfach in Debatten erwähnt, vor allem um eine Abgrenzung von Lokalpatriotismus und dem Wunsch das „andere Deutschland" zu repräsentieren bemühen und eher den Versuch unternehmen, sich durch das eigene Engagement von einem deutschen Konsens zu emanzipieren.

Bündnis gegen Rechts Leipzig



Jumja '98 - Ein neues Konzept zur Selbstverwaltung

Immer mehr Kongresse verzichten wegen zunehmender Zensur auf Staatskohle - auf dem Jumja wollen wir einen Schritt weiter gehen und einen selbstverwalteten Kongreß ohne Orgateam durchführen.

Der Jugend -Umwelt-Jahrmarkt (Jumja) findet seit 7 Jahren während der Herbstferien als norddeutscher Regionalkonkreß statt - dieses Jahr in der Pestalozzi-Schule in Eckernförde. Das Ziel des Jumjas war von Anfang an, einerseits neuen Leuten einen Einstieg in die Jugendumweltbewegung zu bieten, anderseits innerhalb der Szene zu diskutieren und sich mit aktuellen Themen und Aktionsformen zu beschäftigen. Doch nach dem sich vor drei Jahren CDU und Springer-Presse auf den Jumja stürzten („Chaotentraining auf Staatskosten"), war er wie andere staatlich geförderte Kongresse massiv Zensur und Kontrollen ausgesetzt. Dies ging soweit, daß im letzten Jahr von den fördernden Ämtern kurzfristig alles verboten wurde, was potentiell zu einem neuen Presseskandal hätte führen können. Die Orgas wurden zu Hilfspolizei bzw. -VS, die Stimmung war schlecht, die Auflösung des Kongresses wurde lange diskutiert - so konnte es nicht weitergehen! Der Jumja`98 wird also ohne Staatskohle finanziert, neben AKs und Workshops zu Umweltschutz, Eine Welt, Sexismus, Tierrechten, Konsens, Naturkosmetik, Jonglieren usw. wird es dieses Jahr also auch wieder welche zu Direct Action (z.B. Klettern und Blockadetraining), Unity of Opression-Theorie, Anarchie, Repression/ Rechtshilfe etc. geben.
Nach unseren Erfahrungen führt der Verzicht auf Staatskohle jedoch noch nicht zu einem selbstbestimmten Kongreß. Denn auf den letzten Jumjas kam es wie z.B. auch auf dem JUKß immer wieder zu Spannungen zwischen den TeilnehmerInnen und den „autoritären" Orgas - obwohl dem Orgateam möglichst weitgehende Selbstbestimmung ausgesprochen wichtig war - und nicht irgendwelche Verbandsinteressen... Allein die Existenz eines Orgateams führte zu strukturellen und Wissens-Hierarchien, so daß sich die TeilnehmerInnen kaum in die Organisation einbringen konnten, während die Orgas vor lauter Streß nur wenig vom Kongreß mitbekamen. Aus diesen Gründen wollen wir dieses Jahr versuchen, einen Kongreß ohne Orgateam durchzuführen:
Alle anfallenden Aufgaben sollen auf dem Jumja von Arbeitsgruppen, die sich aus den TeilnehmerInnen bilden, übernommen werden. Das Orgateam - oder vielmehr die Vorbereitungsgruppe - wird sich am zweiten Tag auflösen. Wie soll das funktionieren??
Zunächst einmal gibt es sehr unterschiedliche Aufgabengruppen: Organisation des Putzens oder Weckens, der Einkäufe oder des Café, Bürodienst, Finanzen, Pressearbeit etc.. Auch die Termine der verschiedenen AKs und Workshops sollen wenn möglich erst vor Ort festgelegt werden. Damit die Gruppen selbständig arbeiten können, wollen wir im Vorfeld alle Informationen so zusammenstellen, daß in den Gruppen jedeR über alles, was die Gruppe betrifft, Bescheid weiß. Die Gruppen sollen dabei lediglich die Koordination für einen Bereich übernehmen, die eigentliche Arbeit (z.B. Schnibbeln) wird gemeinsam erledigt, so daß alle genug Zeit für Inhalte und Freizeit haben.
Am konsequentesten wäre dann eine offizielle Auflösung des ganzen Jumjas und anschließende Schulbesetzung, damit das ehemalige Orgateam auch *nach außen* nicht mehr für den Kongreß verantwortlich bzw. haftbar ist. Da das für uns wegen der vielen neuen Leute nicht in Frage kommt, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß sich ehemalige Orgas an bestimmten Gruppen, z.B. Finanzen, beteiligen. Trotz dieser Einschränkung hoffen wir, mit diesem Konzept mehr Selbstverwaltung zu erreichen, als bisher möglich war.
Neben der Selbstverwaltung ist für uns auch Basisdemokratie Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Miteinander: Entscheidungen, die den gesamten Kongreß betreffen, werden vom Plenum im Konsens getroffen. Nähere Informationen zu unserem Konzept und allgemein zum Jumja kriegt Ihr bei der Adresse unten, da könnt Ihr auch Flugblätter und Plakate bestellen, Euch anmelden oder auch spenden (ja, wir brauchen noch Geld...).
Wir werden Euch nach dem Jumja informieren, ob unser Konzept funktioniert hat und wie der Kongreß gelaufen ist - aber viel besser ist es natürlich, Ihr kommt selber - denn nur mit Leuten, denen Selbstbestimmung und -verwaltung wichtig sind und die bereit sind, sich dafür einzusetzen, kann das Konzept gelingen.

Jumja '98, c/o Grünes Haus, Nicolaistr. 21, 24340 Eckernförde
Tel.: 04351 7 71 23 88 (Mo. + Di. 15:30 - 18:00). Fax 04351 / 71 29 88
email: jumja@bigfoot.de
Spendenkonto: Konto-Nr. 40 39 61 202, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20





Institut für Zuckerrübenforschung im Visier
– Aktionen gegen das IfZ werden fortgesetzt –

Die folgende Mitteilung ließen wir verschiedenen Regionalzeitungen und -sendern zukommen. Wir vermuten, daß diese Medien den Hintergrund unserer Aktion totschweigen oder zurecht lügen werden, weil sie kein Interesse daran haben, eine Auseinandersetzung in unserem Sinne zuzulassen.

"Institut für Zuckerrübenforschung als Handlanger der gentechnischen Industrie

In der Nacht vom Mittwoch, 5.8. zum 6.8., wurden auf dem Gelände des IfZ einige Landmaschinen lahmgelegt. Zum ersten Mal führt das Institut in diesem Jahr Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Zuckerrüben durch. Die Standorte in unmittelbarer Nähe von Göttingen, für die das IfZ direkt verantwortlich ist, sind bzw. waren (siehe GT vom 6.6.98) Niedernjesa, Klein Schneen, Parensen und Gladebeck. Mit der Durchführung der Versuche betätigt sich das IfZ als Handlanger der Agrochemiekonzerne AgrEvo und Monsanto. Diese Konzerne treiben weltweit an vorderster Front die gentechnische Forschung voran.

Auswirkungen in der "Dritten Welt"
Gentechnik hat verheerende Folgen für die Lebensumstände der Kleinbauern/-bäuerinnen. Eine ähnliche Entwicklung wie bei der Grünen Revolution (60er Jahre, z.B. Indien) zeichnet sich ab. Damals wurde den Betroffenen eine Verbesserung ihrer Lage versprochen. Stattdessen führte der Ankauf von Düngemitteln, Pestiziden, Landmaschinen usw. zu Verschuldung. Nach Zerstörung der traditionellen Strukturen in der Landwirtschaft war die Abhängigkeit von Großkonzernen und Banken besiegelt. Also diente die Grüne Revolution lediglich den Profitinteressen einiger weniger. Steigende Verelendung der Bevölkerung und ökologische Katastrophen wurden bewußt in Kauf genommen.

Heute wird die Einführung der Gentechnik in die Landwirtschaft eine Verschärfung dieser Situation bewirken. Durch die Patentrechte am gentechnisch veränderten Saatgut erhalten die Chemiekonzerne die Kontrolle über Saat und Ernte. Absurderweise ist es den Kleinbauern/bäuerinnen verboten, die Ernte auch als Saatgut zu verwenden. So sind sie gezwungen, jedes Jahr neues Saatgut zu kaufen. Damit sichern sich die Konzerne ihren Absatz.



Dem schleichenden Prozeß der Gewöhnung an den Einsatz von Gentechnik stehen auch hierzulande viele Menschen hilflos gegenüber. Sie wollen die weltweiten Auswirkungen der Gentechnik und die Gefährdung ihrer Gesundheit im Profitinteresse der Agrochemiekonzerne nicht länger hinnehmen.
Mit unserer Aktion gegen das IfZ wollen wir ihrem oft stillen Protest eine Stimme verleihen. Die Größe des materiellen Schadens kann bestenfalls in einem symbolischen Verhältnis zu dem stehen, was alltäglich weltweit durch diejenigen an Elend produziert wird, die von Gentech profitieren.

Schluß mit dem Terror der Genschweine!"

Mit unserer Aktion haben wir Gentechnik nicht als "Umwelt- und Gesundheitsthema" aufgreifen wollen. Gentechnik ist aber ein geeignetes Feld, um grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System zu üben. Wir alle wissen, daß kein Staat sich dauerhaft aus der Gentechnik raushalten wird, da sich sonst für das jeweilige nationale Kapital entscheidende Marktnachteile ergeben würden. Es ist auch nicht Sinn und Zweck unserer Aktion gewesen, eine Verhinderung der Gentechnik vom Staat einzufordern.
Dafür kann ein Dialog mit dem Staat nicht das geeignete Mittel sein. Stattdessen wollen wir auf die weltweiten Konsequenzen aufmerksam machen, die sich aus der Anwendung von Gentechnik im kapitalistischen Kontext ergeben.



Wir finden es gut, daß in der letzten Zeit wieder mehr militante Aktionen (Einwurf in den "Peterwagen" am JuzI, Opelhausentglasung, Anschlag auf das Arbeitsamt, Genrübenhacken bei Parensen u. Gladebeck) in Göttingen laufen und auf Demos wieder mehr Leute agieren. Was gut ist, kann noch viel besser werden!!!

Gruppe Konstruktiv Ausgehaucht





Wir haben in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober das BMW-Autohaus in der Bardowicker Str. in Hannover-Linden besucht und die neben dem Geschäft stehenden 7-er BMWs in Brand gesetzt. Ein Schaden im 6-7-stelligen Bereich dürfte bei planmäßigem Ablauf drin sein. Dies ist unserer Beitrag zu den sogenannten Einheitsfeierlichkeiten, die anläßlich des 8. Jahrestages seit der Eingliederung der DDR diesmal die niedersächsische Landeshauptstadt heimsuchen. Neben dem unvermeintlichen peinlichen Festtagseinerlei mit pathetischem Geschwall, Bratwurstgeruch und Kulturkitsch wird Hannover die Gunst der Stünde zu nutzen suchen und sich als EXPO-Stadt ins Licht der Öffentlichkeit rücken, um das schwer ramponierte Image wenigstens ein bißchen aufzupölieren. Sowohl für die "Deutsche Einheit" als auch für das Projekt einer Weltausstellung im Jahr 2000 gilt für uns: Es gibt nichts zu feiern !
Ist bzgl. der "Wiedervereinigung" der Rauch schon längst Katerstimmung und Ernüchterung gewichen, so gilt für die MacherInnen der EXPO noch:"Klappern gehöet zum Handwerk" und in diesem Sinn wird das x-millionendefizitäre Projekt weiterhin munter als visionäres und segenbringendes Spektakel verkauft. Daß die Ziele und vermeintliche Errungenschaften der Expo nach wie vor nur einem geringen Teil der Bevölkerung zu Gute kommen und den Prozeß der sozialen Ausgrenzung dagegen beschleunigen, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle mehr. Als Ideologieproduzent signalisiert die EXPO zusätzlich: Die Lösungen für "dringende"Menschheitsfragen" können nur die reichen Industriestaaten bieten. Die Ausplünderung und Unterdrückung eines Großteils der Weltbevölkerung wird somit legitimiert, das weltweite Machtgefälle verhärtet. Daß dabei auch die wichtigsten Teile der deutschen Großindustrie nicht außen vor bleiben möchten, versteht sich von selbst. So verhandelt auch BMW über ein Sponsoring der UNO auf der EXPO.
Kritische Stimmen zu diesem Spektakel sind in der Öffentlichkeit nach Jahren der Planung verstummt, die mediale Inszenierung der des Wettbewerbs "Unser Dorf soll schöner werden" läuft auf vollen Touren. Krasse soziale Widersprüche, wie die Ausbeutung ausländischer Arbeiter zu Hungerlöhnen auf den EXPO-Baustellen am Kronsberg in Hannover finden dagegen weniger Beachtung. Parallelen zur jüngst abgelaufenen EXPO in Lissabon sind unverkennbar.
Der Umstand, daß sich anläßlich des 3.10. kein breiter Protest



manifestiert, daß sich vielmehr die meisten Deutschen in den rassistischen und nationalistischen Diskurs einordnen, kann in unseren Augen nur bedeuten, diesem symbolhaften Datum mit radikaler Ablehnung zu begegnen.
Die fatalen Wechselbeziehungen zwischen staatlichem Rassismus und völkischem Nationalismus sind oft genug benannt worden.
Auch der herbeibeschworene Wechsel an der Regierung in diesem Land bedeutet an diesem Punkt, wie an anderen Punkten keine nennenswerte Änderung der Politik. Während faschistische Horden schon in einigen Städten und Landstrichen ausländerfreie Zonen geschlagen haben, läßt sich der neue Kanzler Schröder als Repräsentant der "neuen Mitte" abfeiern. Daß "Raus aber schnell"-Schröder hingegen dem rechten Mob genau aufs Maul geschaut hat, ist hinlänglich bekannt. Kein Zweifel, auch er wird versuchen die Abschiebemaschinerie reibungslos in Gang zu halten.

Wenn dann auch noch am deutschen Wesen eines Josef Fischers die Welt genesen darf, haben es auch die Grünen dahin geschafft, wo sie schon immer hin wollten: Zu staats- und regierungstreuen Gestaltern Großdeutschlands.
Unsere Aktion ist in diesem Zusammenhang auch nur als symbolhaft zu begreifen. Die militante Option kann nie die Kraft eines breiten sozialen Widerstands ersetzen, sondern allenfalls ein Mißton im Konzert der Mächtigen an diesem Tag sein.

Keinen Frieden mit der Nation!

Autonome Querflöten



Kein Mensch ist illegal.
Gegen rassistische Grenzpolitik.

eutschland ist umgeben von „sicheren Drittstaaten". Bekannterassen ist es seit der Grundgesetzänderung von 1993 für Flüchtlinge/ sylbewerber so gut wie unmöglich geworden, legal auf dem Landweg die BRD zu gelangen.
aß der BRD trotzdem oder deshalb besondere Bedeutung bei der Abehr unerwünschter Einwanderer zukommt, liegt daran, daß hier die ußengrenze der Festung Europa liegt.
997 wurden an Oder und Neiße über 9.000 Flüchtlinge aufgegriffen. ie allermeisten werden binnen 24 Stunden wieder nach Polen abgechoben. Seit 1993 sind, nach offiziellen Angaben, 57 Menschen beim ersuch, „illegal" die Grenzflüsse zu überqueren, gestorben. In keiner tatistik erfaßt sind die Toten, die der polnische Grenzschutz aus dem asser geholt hat, und jene, die nie wieder auftauchen.
ie „Grenze mit der höchsten Polizeidichte Europas" ist nach Kanther e deutsch-polnische. Nachdem sich Flüchtlings„ströme" nicht mehr on Süd nach Nord, sondern von Ost nach West bewegen, hat sich das edrohungsszenario und damit die Abwehrstrategie der Bundesrepuik (und jetzt auch der anderen europäischen Staaten) verändert.
chon lange werden Hubschrauber, Wärmebilder, Hunde, Nachtchtgeräte und Tausende von Beamten (allein in Brandenburg 3.200) ngesetzt. Sie sind, wie P. Emrich und C. Stahl im „Freitag" schreiben die mobile Mauer Deutschlands". Seit der Änderung des BGS - Geses im November 1994 hat der BGS in einem Radius von dreißig Kiloetern entlang der Grenze deutlich erhöhte Kompetenzen. Dazu gehören beispielsweise die Möglichkeit/Erlaubnis, erkennungsdienstliche Behandlungen durchzuführen und Wohnungen zu betreten, die ach ihrer Ansicht als Treffpunkt von „Schleusern" oder Personen ohne ufenthaltserlaubnis dienen. Auch der Einsatz nachrichtendienstlicher ittel und verdeckter Ermittler wurde offiziell erlaubt.
eu sind auch die sogenannten „Sicherheitsschleier", die sich die Grenze entlangziehen. Hier handelt es sich um „verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen". Dies meint nichts anderes als die systematische Kontrolle von Menschen anhand von äußeren Merkmalen wie Sprache, Hautfarbe und Kleidung. Menschen, die es doch irgendwie geschafft haben, über die Grenze zu kommen, sollen so erkannt werden. Kriterien von Kontrolle sind nicht mehr Kriminalität oder Gefahr, sondern äußere Merkmale.
Am 25. Juni 1998 erweiterte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes erneut. Nunmehr hat der BGS das Recht im gesamten Bundesgebiet auf Bahnhöfen, Flughäfen und in Zügen verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen. Diese Abwehrmechanismen sind Grund dafür, daß Flüchtlinge auf kommerzielle Fluchthilfe angewiesen sind. In der öffentlichen Diskussion führt dieser Zusammenhang von Abschottungspolitik und dem Zwang zur Inanspruchnahme von Fluchthilfeunternehmen zu von „internationalen Schlepperbanden" verursachtem Kriminalitätsanstieg . Der organisierte illegale Grenzübertritt, für viele Flüchtlinge die einzige Möglichkeit, ihr Ziel zu erreichen, wird zum hochkriminellen Akt, vergleichbar mit Drogenhandel und Waffenschmuggel. Die unselige Verkettung von O.K. und Einwanderung wird von den Medien mitinszeniert oder doch zumindest nicht bekämpft, was selbstverständlich nicht ohne Folgen auf die Bevölkerung der Grenzstädte bleibt. Die Toleranz/Akzeptanz ist, gelinde gesagt, gering.. Ein Bedrohungsszenario ist entstanden, mit dem sich alles - oder doch fast alles rechtfertigen läßt.
Wer trotz der Kontrollen die Grenzen überwindet, ist auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Taxis sind ein Teil des öffentlichen Nahverkehrs - womit wir beim Problem wären. Mit der Instrumentalisierung einer ganzen Berufsgruppe, der Taxifahrer, zu Hilfssheriffs des BGS ist eine neue Qualität der Abschottungspolitik erreicht.

Es ist ein humanitäres Gebot, Menschen aufzunehmen, die auf der Flucht sind, unabhängig davon, wieviele Menschen dieses Recht in Anspruch nehmen.

JungdemokratInnen / Junge Linke fordern:

Auflösung aller Abschiebeknäste

Flüchtlinge werden einzig und allein aufgrund von Verdächtigungen der Ausländerbehörden bis zu 18 Monaten inhaftiert. Ihnen wird vorgeworfen, sie könnten sich möglicherweise ihrer Abschiebung entziehen wollen.
oWir lehnen die Abschiebehaft grundsätzlich ab. Auch die Umsetzung ist aufs Schärfste zu verurteilen. Der Vollzug der Haft bleibt den einzelnen Haftanstalten selbst überlassen. Mangel an psychosozialer Betreuung, medizinischer Versorgung, Freizeitangebot und Rechtsbeistand sind allgegenwärtig. Die Konsequenzen: 13 Selbsttötungen von Oktober 1993 bis Juni 1995 und unzählige Selbst-Verstümmelungen.

Abschaffung des Europäischen Informationssystems und des Schengener Informationssystems

Seit 1995 werden in bislang ungekannter Größenordnung europaweit Datensätze zusammengetragen, die bereits von mehr als 40.000 Polizeidienststellen abgerufen werden können. Gespeichert werden hier Menschen, die aufgrund persönlicher Merkmale möglicherweise für die Begehung von Delikten in Frage kommen könnten.
Auch Flüchtlinge, die in einen Schengen-Staat einreisen und einen Asylantrag stellen, werden registriert. Neben Gesinnungsschnüffeleien im Inneren bedeutet dies eine Festigung der Außengrenzen der Schengen-Staaten. Für AsylbewerberInnen hat dies zur Folge, daß ein Großteil bereits an der Grenze zurückgewiesen wird und damit jede Chance verliert, sofern sich die Situation im Heimatland nicht grundlegend verändert, in einem anderen Schengen-Staat überhaupt einen Asylantrag zu stellen. Der freie Zugang zum Fluchtland ihrer Wahl ist für Flüchtlinge jedoch schon deshalb nötig, da die Anerkennungspraxen im Bezug auf die Herkunftsländer unterschiedlich sind.

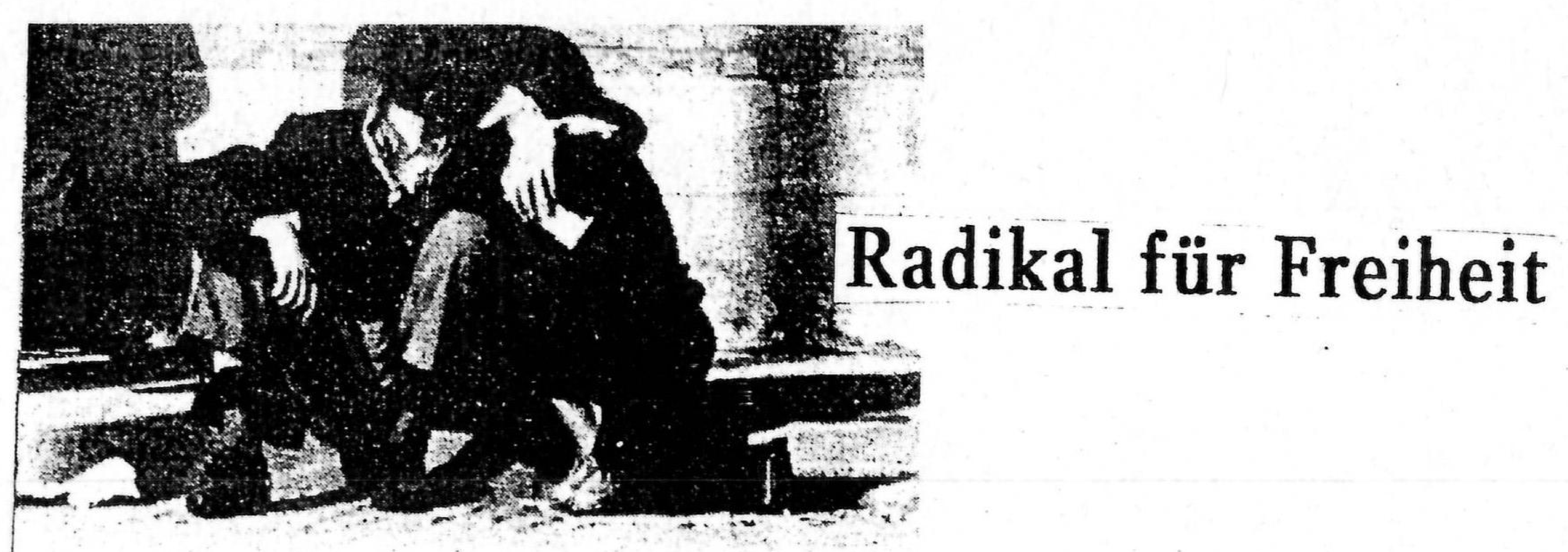
Umwandlung des rassistischen Staatsangehörigkeitrechts in der Bundesrepublik zumindest in das sog. Geburtsrecht

Das deutsche Staatsbürgerrecht führt die Staatsangehörigkeit auf eine „nationale Abstammungsgemeinschaft" zurück. Deutsch ist, wer deutsches Blut in den Adern hat (= ius sanguinis, Blutsrecht). Dieses Nationenverständnis wirkt identitätsstiftend und formierend nach innen und ausgrenzend für alle, die durch diese Definition „die anderen" werden. Für die als „fremd" definierten Menschen hat diese Zuschreibung ernste und bisweilen tödliche Konsequenzen.

Keine Abschiebung von Flüchtlingen. Offene Grenzen für alle!

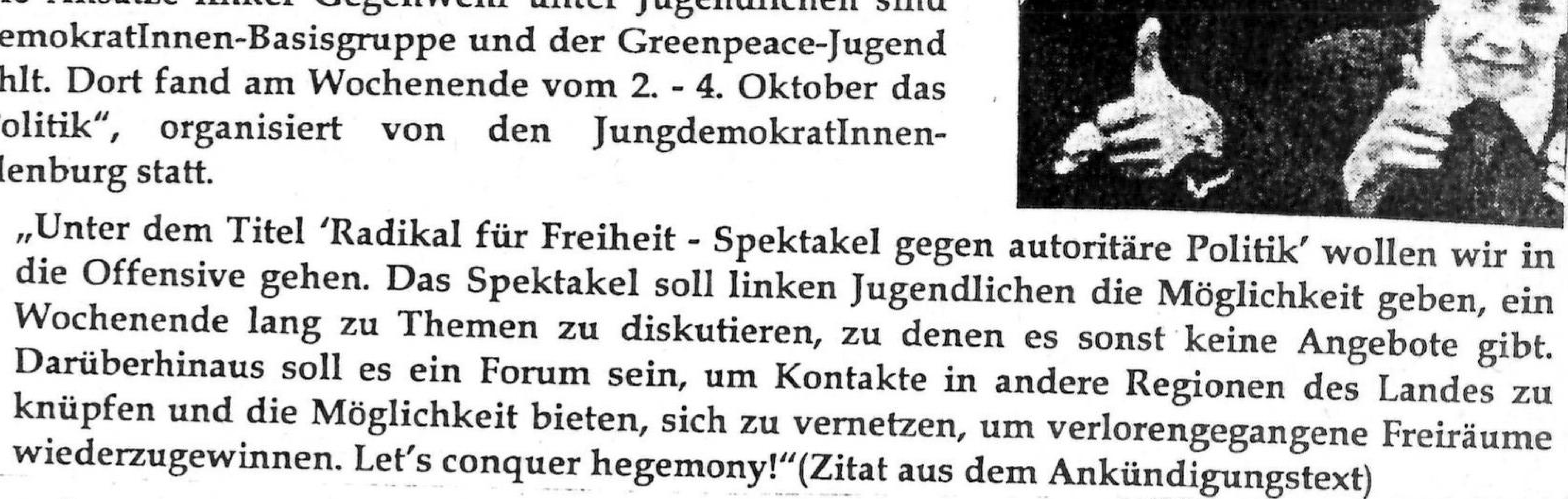
Kein Mensch flieht grundlos aus seiner Heimat. Den vielbeschworenen Asylschmarotzer gibt es nicht. Genausowenig gibt es bessere oder schlechtere, ak-zeptable und nicht-aktzeptable Fluchtgründe. Menschen, die vor Hunger, Armut, Umweltzerstörung oder Bürgerkrieg fliehen, müssen das gleiche Bleiberecht in Deutschland haben wie politisch Verfolgte oder Folteropfer. Die Fluchtgründe sind vielfältig und nicht in eine Rangordnung zu pressen.
Neben einem Asylgesetz, das Verfolgten Sicherheit gewährt, muß vor allen Dingen die Verhinderung von Fluchtursachen Ziel der Politik sein. Eine Wirtschaftspolitik, die die Länder der „3. Welt" ausblutet, schafft Fluchtgründe.





Radikal für Freiheit

Frankfurt/Oder: Eine Stadt in Brandenburg. Hier wohnt der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende und „Barde" Jörg Hähnel. Die NPD konnte bei den Kommunalwahlen mit einem Sitz ins Stadtparlament einziehen. Die rassistische Hetze des BGS gegen „Illegale" ist allgegenwärtig, vom „BGS-Bürgertelefon" wird reger Gebrauch gemacht, Übergriffe gehören zum Alltag. Die Ansätze linker Gegenwehr unter Jugendlichen sind mit der örtlichen Antifa, der JungdemokratInnen-Basisgruppe und der Greenpeace-Jugend schon beinahe vollständig aufgezählt. Dort fand am Wochenende vom 2. - 4. Oktober das „Spektakel gegen autoritäre Politik", organisiert von den JungdemokratInnen-Landesverbänden Berlin und Brandenburg statt.



„Unter dem Titel 'Radikal für Freiheit - Spektakel gegen autoritäre Politik' wollen wir in die Offensive gehen. Das Spektakel soll linken Jugendlichen die Möglichkeit geben, ein Wochenende lang zu Themen zu diskutieren, zu denen es sonst keine Angebote gibt. Darüberhinaus soll es ein Forum sein, um Kontakte in andere Regionen des Landes zu knüpfen und die Möglichkeit bieten, sich zu vernetzen, um verlorengegangene Freiräume wiederzugewinnen. Let's conquer hegemony!"(Zitat aus dem Ankündigungstext)

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion, in der VertreterInnen der Antifa Frankfurt, *Forschungsgesellschaft Flucht & Migration (FFM, Berlin)*, *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* und *Cilip - Bürgerrechte und Polizei* an Beispielen aus ihrer Arbeit die staatliche Repression gegen linke, emanzipatorische Projekte öffentlich machten.

Am nächsten Tag konnten diese Aspekte in zwei Arbeitsgruppenblöcken mit AGs zu Themen wie Anti-Atom, Perspektiven der Antifa-Arbeit, Geheimdienste, Pornographie und Prostitution, Nationalismus, staatlicher Rassismus, poitisches Strafrecht usw. vertieft werden. Der oben formulierte Anspruch, Themen und Inhalte an Menschen heranzutragen, die sonst an diesen Diskussionen (aufgrund fehlender linker Infrastruktur) nicht beteiligt sind, kann somit als Erfolg betrachtet werden.
Um die für Sonntag geplante Aktion im Rahmen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" zu verhindern (und nebenbei die Richtigkeit des Veranstaltungsmottos unterstreichend), hatten die Frankfurter Autoritäten für das Wochenende in ganz Frankfurt ein Demonstrationsverbot erlassen. Angeblich, weil örtliche Nazis sich dadurch zu Angriffen provoziert fühlen könnten! Wir ließen uns davon nicht abschrecken und protestierten auf der Grenzbrücke mit Flugblättern, Transparenten und Sprechchören gegen die rassistische Asylpolitik der BRD und für offene Grenzen. Ein von der Grenzbrücke heruntergelassener Schleier aus Klopapierrollen sollte auf das System der Schleierfahndung aufmerksam machen. Der BGS begnügte sich damit, uns zu filmen und zu fotografieren und schritt nicht ein. Unser Verzicht auf eine Demonstration innerhalb der Stadt ersparte uns auch Repressionen der Frankfurter Bullen (wenn man mal von ihrer ständigen Schnüffelei am Tagungsort absieht).





Durch die lockere Atmosphäre mit Party- und Konzertprogramm wurden den zum großen Teil recht jungen TeilnehmerInnen Möglichkeiten des Kennenlernens und der Vernetzung geschaffen und gleichzeitig ihre Einbindung in linke Strukturen gefördert. Es darf jetzt nicht bei diesem einen Ereignis bleiben, es kommt darauf an, diese Impulse in konkrete Aktionen vor Ort umzuwandeln, schließlich sind Linke in Brandenburg tagtäglich mit dem Nazi-Terror konfrontiert, und da ist so ein Wochenende zwar ganz nett zum Erholen, ändert aber konkret nichts an den Strukturen. Sicherlich ist es auch sinnvoll, ein solches Spektakel im nächsten Jahr an einem anderen Ort in Brandenburg zu wiederholen, um linker Arbeit auch dort eine Kontinuität zu geben. Es ist nicht ausreichend, eine solche Aktion einmalig durchzuführen, denn Rassismus und Nationalismus und ihre Folgen gehören leider zum Alltag. Dennoch können solche Veranstaltungen, vor allem, wenn sie regelmäßig stattfinden, dringend benötigte Impulse für die weitere Arbeit geben und nicht zuletzt Zeichen setzen, daß Alternativen zum herrschenden System denkbar sind. Noch gibt es uns (und hoffentlich noch lange) und das sollte auch deutlich wahrnehmbar sein!

Schnatterinchen und Pittiplatsch

Antifa sollte lecker sein!

Resümee der Antifaschistischen Aktion Berlin nach 8 Jahren Organisierungsdebatte

nn es im Geahnten ist
nn es im Losen ist
d es gepriesen.
nn es im Großen ist
nn es im Geplanten ist
d es verwiesen.
rtolt Brecht)

s Einfache, das
wer zu machen ist

Sollte es der Linken wieder ingen, im größeren Maßstab ıfluß auf die Gesellschaft zu hmen, so wird sie dafür unter derem organisiert sein. Das ist alles, s es dazu zu sagen gibt. Diese ›inste Aufgabe, sich zu organisieren, :tet weder Anlaß zu weitergehenden wartungen noch kann sie ttelpunkt der eigenen Politik sein. geht um das Notwendige, ohne das es weitere nur eitles Geschwätz ist. ır die Bewegung, die sich in ·ukturen niederschlägt und damit ntinuität gewährleistet, kann ıgerfristig Perspektiven bieten. ganisationen sind träge, also ntinuierlich , sie sind wahrnehmba ben Kontaktadressen und klare undlagen, so daß nicht jede sammenarbeit von persönlichen mpathien abhängig ist.

Eine Organisation ist die Voraustzung dafür, daß der Austausch von fahrungen und Konzepten fruchtet, nn entscheidend ist nicht die genseitige Information. Vielmehr ist das gemeinsame Beobachten und ıalysieren von Entwicklungen, die ıgfristig angelegte gegenseitige ıterstützung.

Gerade die Erfahrung der tonomen hat gezeigt, daß sich stausch nur lohnt, wenn nicht alle twicklungen immer von vorne fangen und Erfahrungen gezielt ıitergegeben werden können, wenn sich in organisierten Strukturen ›derschlagen. In den Worten von echt: »Der Denkende benützt kein :ht zuviel, kein Stück Brot zuviel ınen Gedanken zuviel.«

Gegen Organisation als Selbstzweck

Dennoch gibt es massive Vorbehalte in der radikalen Linken gegenüber Organisationen. Dies ist zum einen der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz geschuldet, für sich selbst eine möglichst weitgehende Autonomie zu beanspruchen; als unfreiwilliges Ideal vor Augen den personen- und ortsunabhängigen Manager oder den Yuppie-Single-Haushalt. Neben dieser allgemeinen Tendenz spielen spezielle linke Erfahrungen eine Rolle.

In der DDR zeigte sich an der Staatspartei SED, welche Folgen eine Organisation an der Macht hat, die sich von den gesellschaftlichen Gegebenheiten entfernt und die Selbsterhaltung als oberstes Ziel setzt: Bürokratisierung, Phrasendrescherei und Mitläufertum wurden zu den Kennzeichen einer Gesellschaft, die sich über ihre eigene Erfolglosigkeit jahrzehntelang hinwegtäuschte.

In der BRD kamen dazu Erfahrungen mit kommunistischen Mini-Parteien, die Selbstzerfleischung und interne Machtkämpfe ganz vorne auf die Tagesordnung stellten und in erster Linie durch penetrante Eigenwerbung in Erscheinung traten. In der Linken dominierten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die kommunistischen Kaderorganisationen. Viele Sympathisanten wurden schnell der aggressiven Agitation müde; Organisiertheit wurde zum Inbegriff des Negativen. Beispielsweise erhielten Organisierte auf den studentischen Vollversammlungen der FU Berlin Redeverbot.

Mit der Erfahrung der Grünen wuchsen die Vorbehalte in den außerparlamentarischen Bewegungen. Ein anfänglich basisdemokratischer »Arm der Bewegung« unter Beteiligung zahlreicher Kommunisten mutierte zur staatstragenden Partei der neuen Mittelschicht unter dem Motto, jetzt die Enttäuschungen des sozialistischen Menschheitsideals im Zeitraffer hinter sich gelassen zu haben. Dies ging einher mit dem Besetzen der ökonomischen Nischen in Parlamenten und Stiftungen. Die Kritik daran vergißt allerdings, daß sich diese Entwicklung in den Organisationen wegen ihrer Kontinuität nur deutlicher zeigt, aber nicht in der Organisierung begründet liegt. Nur weil die Organisierten weiter in der öffentlichen Diskussion waren, ließ sich hier der Niedergang feststellen, der in schwammigeren Zusammenhängen als biographischer Bruch mit der eigenen Vergangenheit über die Bühne ging – gescheitert sind aber alle, ob organisiert oder nicht.

Könntest du dich endlich verbindlich entscheiden

So steht hinter vielen Ablehnungen von Organisierung die Angst vor Festlegungen, ohne die ernsthafte Politik aber gar nicht möglich ist. Die unaufhörliche Betonung des eigenen Subjekts zur Erhaltung der eigenen »absoluten Freiheit«, ist die Flucht vor Kollektivität, vor der Verbindlichkeit einer Gruppe, die eine kontinuierliche Mitarbeit ebenso einfordert wie die Bereitschaft, eigene Positionen immer wieder der Kritik auszusetzen. Oft wird solcher Individualismus sogar als antifaschistische Gegenstrategie verkauft, als Reflex auf die antiliberale Volksgemeinschafts-Ausrichtung des Faschismus. Tatsächlich geht eine solche Einstellung aber der Totalitarismus-Theorie auf den Leim, wonach die Extremen von links und rechts Unterordnung verlangen, die goldene Mitte hingegen Freiheit verspricht. Individualismus ist aber ein Projekt der Liberalen, basiert also auf der totalen Unterordnung unter das Kapitalverhältnis. Die völlige Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Bindungen ist dann der höchstmögliche Grad an »Freiheit«. Wirksame Politik bedeutet aber gerade im Gegenteil, nicht-ignorierbare Anforderungen an andere stellen zu können, z.B. die Vermögen umzuverteilen, rassistisches Verhalten zu beenden usw. Ohne Verbindlichkeit kein Hebel

Die Angst vor der Sekte

Dennoch dominiert im allgemeinen Bewußtsein die Angst vor gruppeninterner Eigendynamik und jeder Form von sozialer Kontrolle unter dem Stichwort »Politsekte«. Mit historischen Kampfbegriffen wie dem »Sektierertum« ist die Linke schnell bei der Hand. Dabei haben Sekten, also religiös eingefärbte Splittergruppen mit sehr weitreichender Einbindung ihrer Mitglieder, weltweit eine wesentlich größere gesellschaftliche Bedeutung als die radikale Linke – sowohl in Bezug auf Mitgliederzahlen als auch auf ökonomische Möglichkeiten. Darin drückt sich in erster Linie das Bedürfnis nach verbindlichen sozialen Beziehungen aus. Diese Beziehungen werden durch esoterische, also geheimwissenschaftliche Einstellungen intensiviert.

Tatsächlich gibt es auch politisches Sektierertum. Dies tritt dann auf, wenn eine Gruppe der Innenwirkung unverhältnismäßig größeres Gewicht gibt als der Außenwirkung. Ein solcher Zustand bedeutet nicht Selbstbeschäftigung, denn wer absolute Wahrheit besitzt, hat auch den Anspruch, zu aller Welt und über alle Welt etwas zu sagen. Entscheidendes Kriterium einer Sekte ist, daß die Verschmelzung Vorrang hat, also die inhaltliche Einigung in allen Details ohne Abweichung. Diese Einigung ist dann elementar im Hinblick auf die Gruppendynamik, für die Reinheit der eigenen Linie, ohne daß eine gesellschaftliche Notwendigkeit dafür besteht. Antifaschismus ist wie jeder andere sammelnde Ansatz für die Vertreter der »reinen Lehre« wenig attraktiv. Die meisten Polemiken gegen Sektierertum arbeiten sich allerdings ohnehin nur an Klischees ab und sind eher Ausdruck der eigenen Ängste vor Festlegungen jeder Art.

Wenn die Sonne tief steht, werden die Zwerge zu Riesen

Eine Ursache dafür ist, wie sich historisch gezeigt hat, daß Organisationsstrukturen eine Eigendynamik entwickeln können, die bis zur reinen Selbstbeschäftigung und zur selbstschädigenden Verzerrung der Wahrnehmung führen

:äfte, sich selbst zu erhalten, sich
ıs sich selbst heraus zu begründen,
ıe eigene organisationsbezogene
ıgik zu entwickeln. Dies kann
enauso zum ziellosen Absaugen
eativer Energie in Status- und
achtkämpfen führen wie zur
auptbeschäftigung der Organisation
it Problemen, die ohne sie gar nicht
tistieren würden – z. B. Graben-
impfe in der eigenen Miniwelt unter
illigem Verlust gesellschaftlicher
irksamkeit.
Nur die ständige Bereitschaft zu
lbstkritik und basisdemokratische
ontrolle hilft, Fehlentwicklungen zu
ermeiden.

linderheit oder Mehrheit

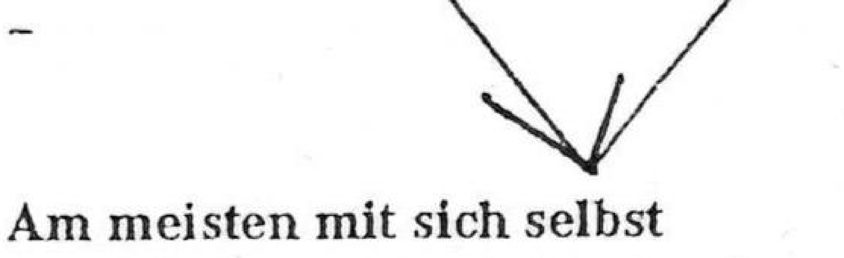
Ein anderer Grund für den
iderwillen gegen jede Festlegung ist
e Angst, sich selbst als isolierte
inderheit und damit als hoffnungs-
sen Fall wiederzufinden. Daher
ihrt die hohe Bereitschaft der
olit-Szene, sich Modethemen und
ewegungen zuzuordnen oder sich als
eil der »Mehrheit von unten« zu
efinieren.

Vir könnten so heiß sein

»Auseinandersetzung« bedeutet,
einzugreifen in den Prozeß des
Sozialen, der gegenseitigen
Bedeutungszuweisung, Kontrolle,
Abgrenzung und Verfeinerung. Es
wäre der Realitätsverlust schlechthin,
sich einfach aus der Sprache in eine
stumme Gleichgültigkeit zurückziehen
zu wollen, denn der Ort, an dem dies
möglich ist, nennt sich »Klinik«. Dies
Eingreifen ins Soziale mit einem Ziel
zu verbinden und auch gegen
Widerstände durchzukämpfen, nennt
sich dann wohl Politik. Linksradikale
Politik heißt, Kapitalisten, Rassisten
und Reaktionären aller
Schattierungen das Leben so schwer
vie möglich zu machen, und im
dealfall über die Konfliktverschärfung
ıinaus beizutragen zu den
Perspektiven einer sozialistischen
Gesellschaft.Um Politik wirksam
verden zu lassen, muß sie – wie alles
esellschaftlich relevante Geschehen –
n Organisationen Ausdruck finden.

Politische Wirksamkeit besteht aber aus der Kombination der Aufgaben, Leute zu erreichen und Leute zu politisieren. Darum besteht politischer Erfolg nicht nur in der Gewinnung von Mehrheiten, sondern auch im Herausarbeiten radikaler Ansätze. Historisch wurden Revolutionen nicht mit dem Wahlzettel erreicht, sondern mit Gewehren, also vorrangig nicht durch die Masse der Menschen, sondern durch die Tiefe ihres Engagements.

Es bliebe zu untersuchen, ob jemals in einer Gesellschaft eine wesentliche Veränderung von Mehrheiten ausgegangen ist. Dieser hohe Anspruch trifft auf keine der heute etablierten Einstellungen zu: weder auf die Religionen, die mit Kreuzzügen oder durch die Landesfürsten den Untertanen aufgezwungen wurden, noch für die sozialen Sicherheiten, die von der Arbeiterbewegung erkämpft wurden, und schon gar nicht für die hochgelobte Demokratie, die nach Deutschland per Armee exportiert wurde; ebenso wenig der Neo-Liberalismus, der ein zähneknirschendes Einverständnis mit den Vorgaben der Konzerne und Kapitaleigner bedeutet. Selbst die Kommunisten der Sowjetunion erreichten bei der ersten Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung nur 23,9 % der Stimmen – nach generationenlanger Agitation der russischen Revolutionäre und kultureller Hegemonie in den Bildungsstätten. Lenin ließ das Parlament nach dessen ersten Sitzung auseinanderjagen.



Am meisten mit sich selbst beschäftigen sich die Sterbenden

Da offensichtlich in naher Zukunft keine großen Erfolge bei Mehrheiten zu erwarten sind, stellt sich die Frage, wozu das intensive Engagement radikaler Politik überhaupt gut sein soll. Für uns ist Politik keine zeitraubende Beschäftigung neben anderen Tätigkeiten, sondern die Basis einer Lebenshaltung, die durch Organisierung an Schlagkraft gewinnt: nämlich nicht wehrloses Opfer zu sein, sondern sich die Welt in der Auseinandersetzung anzueignen.

»Nicht wehrloses Opfer zu sein« ergibt sich daraus, daß Politik

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod

Trotzdem setzen gerade Kommunisten oft auf die Gewinnung von Mehrheiten. Dabei scheint logisch, daß die Forderung nach grundsätzlich Neuem zwangsweise zunächst von Minderheiten ausgeht und erst nach erfolgreicher Verwirklichung zur Mehrheitsmeinung wird. Mehrheiten sind ständigem Wechsel unterworfen und gruppieren sich um Sachfragen; in der Regel wollen sie von Politik in Ruhe gelassen werden. Ihre Bedürfnisse, den kleinsten gemeinsamen Nenner,

bedeutet, sich mit der Welt zu beschäftigen, um einzugreifen und zu verändern. Alternative dazu ist, sich von der Politik der anderen treiben zu lassen, der man ununterbrochen ausgesetzt ist, und sei es nur in der Form von Mikropolitik in den Geschäften und Betrieben oder in den eigenen Sozialbeziehungen. Viele lehnen ja Politik ab und zerfleischen sich dann gegenseitig in ihren Ansprüchen an Beziehung und Lebensführung ohne die Fähigkeit einzugreifen.

»Sich die Welt anzueignen« heißt in letzter Konsequenz die Entwicklung von Gegenmacht. Der erste Schritt dazu ist, sozialen Sinn zu entwickeln. Sinnvoll wird die soziale Umwelt nur, wenn man sie auf sich bezieht. Oder anders gesagt: Wenn zwei sich unterhalten, kann das eine äußerst langweilige und selbstzufriedene Sache sein. Interessant sind nur die politischen Aspekte, also das allgemein Interessante, das nicht nur die beiden betrifft und auf Veränderung drängt. Schöner ist es ja schon, das eigene Leben an einer »Dritten Sache« zu orientieren, und nicht an der Selbstverliebtheit der eigenen Existenz. Das einzige, was das Leben nicht-trivial macht, ist Verantwortung.

zeigt die Marktforschung: Materiell
Sicherheiten, Beziehungspartner,
soziale Bestätigung und ein bißcher
Abwechslung.

Linke Forderungen müssen sich
nicht an den bestehenden Mehrheit
orientieren, sondern an den
gewünschten Veränderungen. Die
Linke, die ihre Programmatik an de
Allgemeinheit orientiert, erreicht
damit nicht etwa diese Öffentlichke
Sie erreicht damit noch nicht mal
möglichst viele Subkulturen in eine
Gesellschaft, die nur noch aus
Subkulturen besteht. Sie erreicht m
ihrer langweiligen Thematik nur no
ein Spektrum: Linke, die es richtig
finden, auf die Allgemeinheit
abzuzielen.

Dieses Wissen entbindet aber nicl
von der Pflicht, für das eigene
Anliegen so viele Mitstreiter wie
möglich zu finden. Es geht trotzdem
um möglichst breite Wirkung, aber
ohne Anbiederung an Mehrheiten.
Darum kann einer linksradikale,
ansprechbare Organisation auch unt
den Bedingungen beschränkter
Massenwirkung der richtige Schritt
sein. Ziel ist dabei, radikaler Kern ir
einer breit wirksamen Bewegung zu
werden. Als beispielsweise in den
Achtziger Jahren die atomare
Wiederaufarbeitungsanlage in
Wackersdorf geplant war und damit
die Bürger der Umgebung sich dem
politischen Anliegen der
Verhinderung anschlossen, suchten
sie sich als Bündnispartner keinesfa
»Leute von nebenan«, sondern
gerade die deutlich anderen, schwar
gekleideten, mobilisierungsstarken
autonomen Gruppen.




Worte zu Taten

Die Geschichte der Linken war nie
nur eine Frage der richtigen
Standpunkte, sondern auch der
Bereitschaft, das, was man für richtig
hält, auch tatsächlich zu tun. Dazu
gehört auch die banale Notwendigkei
sich zu organisieren. Von niemander
als notwendig bestritten, werden docl
von vielen die konkreten Details der
existierenden Organisationen
problematisiert. Darum wird auch
möglichst radikal von der potentielle
Organisation alles gefordert, um sich
dann erleichtert und untätig zurück-
lehnen zu können. Es ist schwierig,
diesen Flohzirkus geschmäcklerische
Eigenheiten in der Programmatik
einer Organisation zu vereinheitli-
chen. Ein zeitgemäßer Ansatzpunkt i
Antifaschismus. Doch ob so oder so -
eine Linke, die nicht mal sich selbst
organisieren will, braucht von der
Gesellschaft nicht zu reden. Tun, wa
getan werdenmuß – organisiert euch



Kleine Chronologie der Ereignisse:

* Januar 1996: Erstmals kommt es während einer Party vor dem B-Flügel, nachdem sich BewohnerInnen über zu laute Musik und das Gegröle beschweren (dazu wird *„Kreuzberg, Kreuzberg über alles"* in der Melodie des Deutschlandliedes gesungen), zu Auseinandersetzungen.
Im Laufe dessen werden Rest-BewohnerInnen mit Flaschen und Stöcken angegriffen und bedroht, es kommt zu massiven Beschimpfungen und Vergewaltigungsandrohungen. Eine Frau droht den Partyleuten damit, die Bullen zu rufen, was hinterher einstimmig von allen BewohnerInnen stark kritisiert wird.
In der Folgezeit kommt es zu diversen Plenas. Die B-FlügelbewohnerInnen beschrieben dort ihr Verhalten als Ausrutscher, Einzelne entschuldigen sich; gleichzeitig rechtfertigen sie es als Reaktion auf ihre Unterdrückung durch andere BewohnerInnen (pc-Autonome, Spießer- und Studipack) und ihrer Logik zufolge durch ihre Opferrolle in der Gesellschaft.
Schon damals gab es die Forderung von vielen, aber keineswegs allen, KomplexbewohnerInnen, daß die vier Hauptakteure jenes Abends ausziehen sollten; diese aber mangels Einigkeit nicht umgesetzt werden konnte.
* In den folgenden anderthalb Jahren gab es verschiedene Bemühungen, die letztlich allesamt scheiterten, mit den B-FlügelbewohnerInnen in Kontakt zu treten, um die Situation auf diesem Weg zu verändern und die existierenden Vorurteile abzubauen.
* Im Sommer 97 verschärfte sich die Situation, auch durch die Anwesenheit von ca. 20 Gästen mitsamt ihren Hunden. Der Zugang zu unseren jeweiligen Häusern führte tagtäglich mitten durch eine große Gruppe im Hof z.T. alkender Menschen. Es kam zu Provos, sexistischer Anmache und Angriffen, so daß einige Menschen sich sogar gezwungen fühlten, andere Ein-oder Ausgänge zu benutzen. Oftmals hatten viele BewohnerInnen einfach keine Lust mehr nach Hause zu kommen, weil dort ihr Leben z.Teil von Zwangsreaktionen auf die Situation im Hof bestimmt war.
* Im Juli 97 schreiben einige BewohnerInnen der Brunnen ein erstes nicht öffentliches Flugblatt „THIS IS NOT A LOVESONG", das an andere FreundInnen, Bekannte und Häuser weitergegeben wird, mit der Bitte sich einzumischen und Erfahrungen und Lösungsvorschläge miteinzubringen.
* Im Herbst 97 beendet die H-BAR ihren wöchentlichen schwulen Kneipenabend hier im Subversiv in der Brunnenstraße wegen schlechter Koordinierung mit anderen BenutzerInnen und fehlender Verantwortlichkeit und Verbindlichkeit (ständig vollgesüfften und nicht aufgeräumte Kneipe, zerstörtes Frauenklo usw.)
* Das FrauenLesben-Haus wird morgens aus dem B-Flügel mit Pyros beschossen.
* Am 30.10.97 wird allen B-FlügelbewohnerInnen ein Ultimatum gestellt, die Brunnen bis zum 13.11.97 freiwillig zu verlassen.
* Am 21.11.97 erscheint das 1. öffentliche Flugblatt *„High Noon"* von einem Großteil der BewohnerInnen der Brunnen, in dem angekündigt wird, alle B-Flügel-BewohnerInnen rauszuschmeißen.
* In der Folgezeit kommt es zu zwei Gesprächen zwischen einigen BewohnerInnen, fast allen Leuten aus dem B-Flügel und drei vermeintlichen, weil sehr parteiischen VermittlerInnen (eine Redakteurin vom scheinschlag, ein EX-Bewohner der Brunnen und einer Mitarbeiterin bei einer Berliner Wohnungsbaugesellschaft) bei dem Obdachlosenprojekt Unter Druck. Der Vorschlag, bis April 98 wohnen bleiben zu können und dann freiwillig auszuziehen, wird von den BrunnenbewohnerInnen abgelehnt. Drei der vier Rausgeschmissenen nehmen an diesen Treffen erst gar nicht teil. Von ihnen gibt es auch kein Angebot. Der Versuch über die Mitarbeiterin der Wohnungsbaugesellschaft Wohnungen bereitzustellen, scheitert vorerst. Erst Ende Januar kann zumindest eine Wohnung organisiert werden.
* Dezember 98: erscheint ein von Fuck da police fraction unterzeichneter *„offener Brief an die lübbi-"avantgarde"* unter dem Titel *„High Spoons"* in Anspielung auf das Flugblatt der Brunnenstraße *„High Noon"*.
* Zwischenzeitlich wird deutlich, daß prinzipiell nicht nur große Teile des Q-Hauses gegen den Rausschmiß sind, sondern auch die zwei Frauenetagen aus der Humboldt-Uni und differenzierter ein Teil des FrauenLesben-Hauses gegen den Rausschmiß aller B-FlüglerInnen..
* Parallel dazu finden zwischen November 97 und Januar 98 insgesamt sechs UnterstützerInnen-Treffen statt. Auf einem dieser Treffen wird der Beschluß alle rauszuschmeißen, ausgesetzt und an die restlichen B-FlüglerInnen die Forderung erhoben, sich von den vier Hauptakteuren zu distanzieren und zu erklären, sie hinterher nicht mehr reinzulassen. Nachdem diese Forderung abgelehnt wird, bleibt es bei dem ursprünglichen Beschluß.
* Nov. 97 - Februar 98 erscheinen diverse Artikel, Gegendarstellungen und LeserInnenbriefe zu dem Brunnenstraßen-Konflikt im scheinschlag, Zeitung für Mitte und im Straßenfeger, einer Obdachlosenzeitung.
* Sylvester 97/98 werden mehrere Fenster des hinteren Seitenflügels aus dem Q-Haus erneut mit Pyros beschossen.
* Am 9.Januar 98, als der geplante Termin des Rausschmisses aller B-FlügelbewohnerInnen, der am nächsten Morgen (10.Januar 98) stattfinden soll, durchsickert; mobilisiert der B-Flügel bis zu 50 UnterstützerInnen, die sich im ersten Hof aufhalten und Barrikaden aus Mülltonnen zum zweiten Hof errichten. Der für den 10.01.98 angesetzte Rausschmißtermin wird abgeblasen, die Barrikaden werden wieder beseitigt.
* Am 15.01.98 ändert ein UnterstützerInnen-Plenum mit Delis aus der Brunnen den vorherig gefaßten Plan und beschließt definitiv, nicht alle BewohnerInnen, sondern ausschließlich die vier Männer des B-Flügels, die hauptverantwortlich für die bisherigen Konflikte waren, rauszuschmeißen. Als neuer Termin wird der 24.01.98 festgesetzt.
* am 16.01.98 erscheint das umstrittene und bis heute am meisten kritisierte Flugblatt der Brunnenstraße *„VEB 7-News aus dem Brunnendorf"*, daß ca. 300 mal verteilt wird bevor es von einigen korrigiert und verändert rausgebracht wird. Die Originalversion wird eingestampft. Dazu erscheint parallel eine Stellungnahme von Einigen Frauen aus der Brunnen *„Richtigstellung zu Neues aus dem Brunnendorf"*, die allerdings in geringerer Auflage (ca.500) verbreitet wird. Von der Interim wurde dieser Erklärung trotz zweimaligem Einsenden nicht abgedruckt.
* Am 22.01.98 erscheint in der Interim ein Flugblatt *„noon aber mal ehrlich!"* der sympathisanten der anderen und ruft



Kommen wir noch mal zum Ausgangspunkt zurück. Glaubt ihr nicht, es hätte andere Möglichkeiten einer Lösung als den Rausschmiß gegeben ? Warum habt ihr nicht vorher VermittlerInnen eingeschaltet ?

Corinna: Auf einen Rausschmiß hat doch niemand Bock. Auch wir nicht. Aber wir haben keine anderen Möglichkeiten mehr gesehen. Und von Außen kamen auch keine brauchbaren Vorschläge. Es ist eben einfacher, wenn du hier nicht wohnst, die Dinge zu kommentieren und zu kritisieren. Wenn du sie dann aber fragst, ob sie die Leute denn bei sich aufnehmen würden oder wie sie sich an unserer Stelle ganz konkret verhalten würden, dann kam oft nur ein Schweigen.

Ines: Positiv überrascht war ich jedoch von vielen UnterstützerInnen, die ich vorher zum Teil noch nie gesehen hatte und dann nach dem Rausschmiß z.Teil tags- und nächtelang in der Brunnen verweilten. Und enttäuscht war ich von so einigen FreundInnen, die sich hier nie haben blicken lassen, ja noch nicht einmal angerufen haben, um sich zu erkundigen, wie es einem geht.

Florian: Trotzdem hätten wir von uns aus doch VermittlerInnen, aus der Szene z.B. suchen können, die das Vertrauen beider Seiten genossen hätten, um irgendwie zu einer Lösung zu kommen. Und das denke haben wir einfach versäumt, bzw. viele von uns wollten das auch nicht.

Corinna: Aber das hätte doch auch nichts verändert. Glaubst du wirklich, die hätten irgendjemanden von Außen ernst genommen ? Das bezweifle ich.

Florian: Vielleicht hast du recht. Wir hätten es aber zumindest probieren können. Sei doch mal ehrlich. Bei uns hieß es doch : wenn wir mit denen nicht reden können und keine Vereinbarungen treffen können, dann kann das auch niemand anders. Wir waren wahrscheinlich zu blockiert in dieser Hinsicht und zu sicher, daß wir sowieso im Recht sind. Es kann doch sein, daß bei solchen Konflikten, und dabei ist es doch scheißegal , ob das hier oder sonstwo ist, Leute von woanders, die auch eine gewisse Distanz haben, vielleicht Kompromisse oder was weiß ich, finden. Das hätten wir ausprobieren sollen, mehr sage ich doch gar nicht.

Rebekka: Sehe ich anders. Findest du nicht, daß sich grade das Verhalten von einem Teil der Rausgeschmissen hinterher, nämlich einzelnen von uns auf die Fresse zu geben bzw. sie anzugreifen, genau bestätigt , daß irgendwelche Verhandlungen sowieso keine Gültigkeit gehabt hätten. und sie darauf geschissen hätten. Manchmal bist du ganz schön naiv in deiner Gutgläubigkeit.

Florian: Das ist jetzt aber auch Spekulation. Es kam z.B. jemand bei uns vorbei, der sich als Vermittler angeboten hat, der einen Vertrag mit denen machen wollte usw. Darauf sind wir gar nicht eingegangen.

Rebekka: Das war aber auch zu einem Zeitpunkt, als es eigentlich schon zu spät war. Es ging nicht mehr darum, ob wir es mit denen noch mal probieren. Viele von uns konnten einfach nicht mehr, wollten da bereits mit denen nicht mehr zusammen wohnen. Der Vorschlag oder das Angebot hätte früher kommen müssen.

Florian: Zudem gabs natürlich auch so eine Art Eigendynamik, jetzt mal endlich was zu tun und nicht immer nur zu reden.
Du darfst auch nicht vergessen, daß einige in der Vergangenheit bereits schon ausgezogen waren, unter anderem wegen diesen Konflikten und dem Nichtverhalten dazu. Und natürlich hab ich kein Bock, daß hier noch mehr Leute ausziehen, mit denen ich eigentlich zusammen wohnen will. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch die, die Power gemacht haben, die gepuscht haben





Abgebrannter Dachstuhl in der Brunnenstraße-Berlin am 1.Mai 1998

und dann war irgendwann der Spielraum für Verhandlungen nicht mehr so groß. Das war ja ein Hin und Her zwischen denen, die vielleicht noch Geduld oder Zeit gehabt hätten und denen , die es nicht mehr ausgehalten haben und die sich ganz konkret ja auch bedroht gefühlt haben. Es gab zum Schluß, drei Tage vor dem Rausschmiß auch noch Leute, die das ganze lieber abgeblasen hätten und andere, denen alles egal war. Da lagen auch die Nerven blank, das darf man nicht vergessen.
Ja und es sind auch einige Leute mit ihren Zweifeln und Bedenken nicht so ernst genommen worden bzw. teilweise übergangen worden.

Rebekka:Tja, das mit der Eigendynamik ist so eine Sache. Das ist interessant zu beobachten, die Psychologie, die da auch dahintersteckt, wie sich dann Gruppen oder einzelne in solchen Gruppen verhalten. Und wie schwer es dann für einzelne vielleicht ist, aus dem fahrenden Zug wieder abzuspringen oder die Notbremse zu ziehen. Weil es haben ja nicht alle das gleiche Tempo. Einige haben es für sich schon klarer, andere noch nicht so und wiederum andere zweifeln noch. Was da dann teilweise so abläuft, ist gar nicht so weit entfernt, von dem wie es auch in der Gesellschaft real ist. Obwohl wir natürlich immer den Anspruch haben , es ja soviel anders machen zu wollen.

Ines: Einer der größten Fehler war mit Sicherheit auch, daß wir überhaupt erst so spät reagiert haben. Wir hätten viel früher was machen müssen, nämlich in der jeweiligen Situation sofort zu handeln und auch schon mal jemanden rauswerfen. Dann wäre es nie soweit gekommen wie hier. Das ist doch bei vielen Projekten so gelaufen, ob im Sprengel in Hannover, in der Hafenstraße in Hamburg, in der Reithalle in Bern oder in der March und Kinzigstraße in Berlin. Viel zu spät wurden die Konflikte angegangen und als dann endlich was gemacht wurde, war es immer so ein Riesending und eine mehr oder weniger fette Konfrontation..

Corinna: Und wenn es jetzt nicht einige gegeben hätte, die das Ganze auch ein bißchen vorangetrieben hätten, dann wäre hier doch nie was passiert. Dann würden wir noch heute im Kreis diskutieren. Irgendwann mußt du auch mal Konsequenzen ziehen, so Scheiße wie sich das auch anhört. Und egal was wir gemacht hätten, allen hätten wir es nie Recht machen können - und das du auch Fehler machst, ist auch vollkommen normal. Wir haben diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen, auf keinen Fall.

Es gab doch aber auch WGs, die gegen diesen Rausschmiß waren ?

Ines: Ja das stimmt, die Humboldt-Frauen waren dagegen und haben auch noch einen Tag vor dem Rausschmiß deutlich gemacht, daß sie den Druck nicht verstehen, der jetzt hinter dieser Aktion steht und sich fragen, warum die Verhandlungsschiene abgebrochen wurde. Ihrer Meinung nach wäre dies die einzige Möglichkeit gewesen, den Konflikt zu lösen und zwar so, daß das Leben in der Brunnen kein permanenter Ausnahmezustand ist.

Rebekka: Andererseits haben sich die Humboldt-Frauen aus der Diskussion ausgeklinkt und erklärt, daß sie sowieso auch demnächst ausziehen, was sie inzwischen auch getan haben.. Und bessere Lösungen hatten sie auch nicht parat.

Aber was war denn deren Kritik bzw. deren Grund gegen den Rausschmiß zu sein? Oder warum sind die jetzt ausgezogen?

Corinna: Das hat bestimmt mehrere Ursachen. Ein Grund war wohl auch, die Art und Weise, wie die Diskussionen und Entscheidungen liefen; deren Kritik an den Machtstrukturen im Haus und das ihre Bedenken gegen eine Räumung als Bremserei vom Restplenum abgetan worden sind, obwohl sie ursprünglich dem Ultimatum auch zugestimmt hatten. Ihr Auszug ist vielleicht auch ein negatives Resultat der ganzen Geschichte; Ich für mich zumindest finde es schade, daß einige von denen gegangen sind, mal abgesehen von der Kritik , die ich auch habe. Andererseits sind sie z.T. auch mehr an FrauenLesbenzusammenhängen interessiert und weniger an gemischten Strukturen.

Corinna: Wenn wir schon von Strukturen reden: Ein anderes Negativbeispiel ist für mich wenn sich z.B. auf dem Plenum jemand nicht traut was zu sagen, weil sie oder er dann denkt, von den anderen rund gemacht zu werden. Oder daß wir einigen Bewohnerinnen, auch wenn sie eigentlich gegen den Rausschmiß waren oder da ihre Kritiken dran hatten, aber doch eigentlich hätten vertrauen können, den Termin des Rausschmisses nicht gesagt haben bzw. es Ihnen nicht sagen wollten. Das sagt auch schon einiges über das gegenseitige Vertrauen und die Stimmung aus, die z.T. existierte denke ich. Obwohl sich das auch nicht generalisieren läßt.

Glaubt ihr, daß es ein Fehler war, vorher angekündigt zu haben (in dem Ultimatum vom 31.10.97 und in dem in der Interim veröffentlichtem Flugblatt High Noon vom 21. 11.97), ***daß ihr den gesamten Flügel rausschmeißen wollt und daß sich daher eine generelle Skepsis bei vielen Außenstehenden gegenüber dem Konflikt entwickelt hat ?***

Ines: Ja, das war einer unserer größten Fehler und ich bin heilfroh, daß wir unsere Entscheidung für den 2.Termin noch geändert haben, was wir auch vor allem unseren UnterstützerInnen zu verdanken haben. Klar hatten wir vorher auch differenziert, dachten jedoch, daß sie die Rausgeschmissenen wieder hereinlassen würden und kritisierten deren Nichtverhalten. Aber Nichtverhalten tun sich doch viele zu irgendwelchen Geschichten. Es ist einfach klarer, du schmeißt die raus, die sich Scheiße verhalten haben und nicht die, die damit noch irgendwie mittendrin schwimmen.

Corinna: Durch das Ding, alle rauskanten zu wollen, haben schließlich viele Außenstehenden eine Grundhaltung bei uns ausgemacht zu glauben, die sie halt kritisierten. Und auch zu Recht wie ich denke. Die Sachen differenziert zu sehen ist schon wichtig - ich erwarte ja auch, daß die Leute uns hier inna Brunnen differenziert wahrnehmen und nicht immer alle verantwortlich machen, was vielleicht gar nicht alle gemacht oder gutgefunden haben.

Rebekka: Trotzdem bleibt unsere Kritik an deren Nichtverhalten für viele Sachen. Sie haben dadurch auch eine Atmosphäre geschaffen, indem vieles überhaupt erst möglich wurde. Warum immer alles relativieren. Daß es als Begründung vielleicht für ein Rausschmiß zu dünn gewesen wäre, o.k., mitgetragen haben sie dennoch viele Sachen, die einfach Scheiße waren. Sie haben sich von den anderen nicht distanziert und haben bei konkreten Geschichten kaum oder nicht eingegriffen. Das erwarten wir doch sonst auch immer.

Kommen wir zum Tag des Rausschmisses zurück. Es gab da die Kritik an eurem martialischen Auftreten und daß ihr euch wie Bullen aufgespielt hättet.

Corinna: Das ist doch Quatsch. Wie hättest du es denn anders machen können ? Das viele vermummt und dementsprechend bewaffnet waren und auch das wir das Tor danach geschlossen haben - das war doch nur zu unserer Sicherheit und dadurch denke ich, haben wir auch schlimmeres verhindern können. Außerdem wurden wir ja auch wie wild abfotographiert, was inzwischen auch von mehreren Seiten bestätigt worden ist, und es kreiste das Gerücht, es würden von uns und unseren UnterstützerInnen Fotomappen angelegt. Wir haben die Eskalation doch nicht gesucht, haben uns aber selbstverständlich verteidigt, nachdem wir angegriffen worden sind.

Florian: Ich habe einen Brief von einer Freundin, die auch in jenen Tagen hier war, um uns zu unterstützen, bekommen , indem sie schreibt, daß sie es hart fand, wie z.Teil unser Umgang mit Gewalt und Aggression war, den sie nicht überlegt fand. Sie sagt, daß sie es ja nur verbal mitgekriegt hat, aber zum Teil schon auch von unserer Seite mit Gewalt geprahlt wurde und platte

u.a. dazu auf, *"sich nicht an dem Rausschmiß zu beteiligen, sondern konstruktiv an der Gestaltung und dem Zusammenleben im Kiez mitzuwirken"*.

* Am 23.01.98 erklären die zwei Humboldtfrauenetagen noch einmal schriftlich, daß sie *„gegen die Räumung des B-Flügels sind... und sich fragen, warum die Verhandlungsschiene abgebrochen wurde, die nach ihrer Meinung die einzige Möglichkeit ist, den Konflikt zu lösen und zwar so, daß das Leben in der Brunnenstraße kein permanenter Ausnahmezustand ist.*

* Am Samstagvormittag, den 24.01.98, dringen BewohnerInnen der Brunnen und deren UnterstützerInnen in den B-Flügfel ein, um die vier Männer, von denen allerdings zu diesem Zeitpunkt nur noch eine Person dort wohnt und keine angetroffen wird, rauszuschmeißen. Danach wird das Tor zugemacht. Am Nachmittag wird sich bei einem „runden Tisch" bei Unter Druck mit den übrigen BewohnerInnen des B-Flügels unter dem Beisein mehrerer VermittlerInnen darauf geeinigt, daß diese in leere Wohnungen in das Vorderhaus ziehen.

Abends wird die Eingangstür durch eine 60 Liter Gasflasche entzündet. Nachdem alle BewohnerInnen des Vorderhauses Nr.7, die mit diesem Konflikt nichts zu tun hatten, evakuiert worden waren und das Feuer selbst nicht gelöscht werden konnte, wurde die Feuerwehr gerufen, die dann löschen konnte. Zwei Stunden später versucht eine Person einen bereits kurzgeschlossenen Bagger in Gang zu bekommen und auf die Eingangstür zuzufahren. Als die Bullen kommen, haut die Person ab. Zeitweise haben sich bis zu 40-50 Personen aus dem Umfeld des B-Flügels und Q-Hauses vor dem Tor versammelt, um dort hineinzugelangen oder einzelne Angriffe zu starten von vorne oder von hinten durch den Park. Dabei werden u.a. Steine geworfen, Pyros geschossen und die Fensterscheiben der Wohnung im 1.Stock VH, des BeobachterInnenpostens zerstört. Die BewohnerInnen der Brunnen verteidigen sich.

* Am Sonntag, den 25.01.98 wird ein vom Rosenthaler Platz ausgehender Angriff von ca.30-40 Personen auf unser Haus abgewehrt.

* Nach dem Rausschmiß kommt es immer wieder zu körperlichen Angriffen, Bedrohungen, verbalen Anmachen etc. gegen einzelne BewohnerInnen (sei es im EX am 31.01 auf einer Party, auf S-Bahnhöfen, auf Demos oder irgendwo im Kiez in Mitte)

* Am 16.2.98 findet in der Köpi 137 eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zu dem Brunnenkonflikt statt, die nach ca. 90 Minuten ergebnislos abgebrochen wird, nachdem zum wiederholten Male eine Frau durch Leute aus dem Umfeld der Rausschgeschmissenen körperlich angegriffen worden ist. Im Anschluß daran finden kleine Gesprächsrunden statt.

* In der Folgezeit werden einige Flugis der Gegenseite wie z.B. *„JOIN THE FIGHT, Die GEAPO ruft auf!* oder ein Fake-Bullenaufruf *„Die Polizei bittet um ihre Mithilfe"* in Umlauf gebracht

* Am 27.3. versuchen einige Leute aus dem Umfeld der Rausgeschmissenen inklusive BewohnerInnen des Q-Hauses die Tür des B-Flügels, in dem jetzt neue Leute eingezogen sind, mit einem improvisierten Rammbock einzurennen. Aus dem Haus fliegen Wasserbomben, vereinzelt Steine. Erst als ein neuer B-Flügel-Bewohner allein mit einer Axt vor die Tür tritt und danach Gespräche stattfinden, werden die Angriffe auf die neuen BewohnerInnen im B-Flügel eingestellt.

Wenig später eskaliert die Situation jedoch zwischen den AngreiferInnen und inzwischen anderen hinzugeeilten BewohnerInnen der Brunnen: Die AngreiferInnen werfen Steine und Flaschen, setzen Tränengas ein und werfen Bachsteine/Ziegel (aus dem Schornstein gebrochen) vom Dach und schießen mit Zwillen auf die Leute, die sich schließlich unter einem Wellblechdach verkriechen.

Die angegriffenen BewohnerInnen setzen sich zur Wehr, werfen mit Steinen und Flaschen zurück, setzen eine Zwille, die bewußt nicht auf Menschen zielt als Abschreckung ein.

* Am 1.April findet im Subversiv ein Punkkonz statt.

Nach dem Konzert will einer der rausgeschmissenen Typen, der Hausverbot hat, den Komplex betreten. Als versucht wird, das zu verhindern zerschlägt der Typ eine Flasche im Gesicht eines Bewohners; einem Unterstützer wird kurz darauf eine Flasche auf dem Kopf zertrümmert. Daraufhin kommt zu kurz körperlichen Konfrontationen zwischen BewohnerInnen und einigen aus dem Umfeld der Rausgeschmissenen. Einer „neutralen" Person, die auch das Treffen in der Köpi mit vorbereitet hatte, wird bei dem Versuch zu schlichten von einem der Vier Reizgas in das Gesicht gesprüht.

* Am 1.Mai - gegen ca.7.30 Uhr, als viele BewohnerInnen in Leipzig sind, brennt der Dachstuhl der Humboldtuni komplett aus. Es gibt zwei Brandherde, die auf einen gelegten Brand schließen lassen, verletzt wird niemand; die Wohnung direkt drunter im 4.Stock wird baupolizeilich gesperrt.

Unklar bleibt, wer den Brand gelegt hat. Fakt ist allerdings, daß es mehrfache Drohungen gab, die Brunnenstraße „anzuzünden" bzw. „platt zu machen", z.T. sogar mit konkreten Ankündigungen zum 1.Mai. Selbstredend existieren verschiedene Vermutungen (in Frage kommen u.a. Leute, die sich an der Hetze gegen die Brunnenstraße beteiligen, ein im Kiez bekannter Brandstifter, Faschos oder der Hausbesitzer); keine ließ sich allerdings bisher bestätigen.

* Im Juni wird das Auto eines Bewohners beschädigt (Schaden ca.3000 DM); bereits zuvor sind zweimal die Scheiben eines Ladens eines Bewohners eingeworfen worden......

Diese Auswahl ist sicher unvollständig, subjektiv und parteiisch. Alle sind aufgerufen, ihre Version darzustellen.

<u>Von einigen oder einem Großteil der Brunnenstr. 6/7 veröffentlichte Flugblätter :</u>

Nr. 1 : *This is not a LOVESONG* - Juli 97 (halböffentlich)
Nr. 2 : *High Noon* - 21.11.97 - Interim Nr.439, 11.12.97
Nr. 3 : *VEB 7 - News aus dem Brunnendorf*, 16.01.98
\- Interim Nr. 442, 22.01.98 - korrigierte Fassung
Nr. 4 : *Richtigstellung zu „Neues aus dem Brunnendorf"* von Einigen Frauen aus der Brunnen - 16.01.98
Nr. 5 : *„Aktuelle Ereignisse in der Brunnenstraße 6/7„*
\- 30.01.98 - Interim Nr. 443, 05.02.98
Nr. 6 : *„Schon wieder Neues aus der Brunnenstraße"*
\- 30.03.98
Nr. 7 : *„was tun, wenn's brennt? brunnen's burning!*
\- 10.05.98 - Interim Nr. 450, 14.5.98



jetzt kritisieren - da hat der Konflikt nix mit verschiedenen Generationen zu tun. Da geht's um andere Sachen.

Es heißt ja immer, verschiedene Kulturen, Lebensweisen würden hier aufeinander prallen, Autonome und Punks zum Beispiel.

Florian: Da wird doch mehr konstruiert als wahr ist. Darum geht es doch gar nicht. Scheißegal, ob die Punks sind oder nicht. Was ist überhaupt Punk heutzutage ? Die vier sind doch aus ganz anderen Gründen rausgeflogen. Und selbst wenn sie Punks oder Kids, HausbesetzerInnen oder von mir aus auch fliegende Untertassen sind , das ist doch kein Freibrief für ein bestimmtes Verhalten.

Aber die Kommunikation zwischen Euch und dem B-Flügel und auch anderen hat doch nicht mehr funktioniert, ihr habt eine andere Art zu reden, Plenum machen usw. Sprache kann auch eine Form von Gewalt sein.

Rebekka: Na klar, das sehe ich auch so. Viele von uns sind rhetorisch überlegen. Das stimmt. Das geht uns selbst manchmal so. Aber es hat auch immer wieder Einzelgespräche gegeben mit denen und ich glaube schon, daß die sehr wohl schon geblickt haben, was uns annervt und was nicht. Die haben das schon verstanden und zwar nicht nur akustisch. Manchmal machen die sich mehr zum Opfer als sie wirklich sind.

Ihr habt auch mehr Kohle, seid etabliert.

Corinna: Wer ist denn von uns etabliert , ist doch Schwachsinn. Einige haben mehr Kohle Ja - und, andere haben weniger und einige haben gar keine Kohle. So sieht es aus. Und die , die mehr haben, unterstützen auch die anderen, die weniger haben.

Trotzdem gibt es da Unterschiede, in den Möglichkeiten und Voraussetzungen, die jene haben und die Ihr habt, angefangen von besseren Jobs, dem Bildungsstand, der Unterstützung durch Eltern etc.

Florian: Ja , o.k. das stimmt zum Teil, wenn du siehst, das welche von denen am U-Bahnhof schnorren, während andere von uns Geld von ihren Eltern kriegen und immer jemand haben, wo sie hinkönnen. Andererseits stimmt das aber auch eben nur zum Teil oder eben nicht, weil hier auch viele wohnen, die genauso beschissen dran sind. Und auch einige von denen, die sich gern als arme "Ghetto-Kids" darstellen, bekommen das Geld von ihren Eltern in den Rachen gesteckt. Nicht das ich was dagegen habe, nur sollen sie es dann uns nicht ständig vorwerfen.
Und außerdem, was sagt das denn schon aus ? Gerade hier versuchen wir doch, das wurde auch grade schon gesagt, finanziell viele Sachen eben umzulegen, mal ganz abgesehen von der Miete die der Komplex zwei Jahre für den B-Flügel mitbezahlt hat. Viel Kohle ist hier einfach nicht, die Unterschiede sind nicht so groß - Das ist auch so ein Märchen, wir seien Yuppies .

Und wie ging es dann weiter? Hat sich die Lage beruhigt ?

Ines: Zwischenzeitlich schon. Am Anfang haben ja einige von uns noch was auf die Nase gekriegt, dann beruhigte sich die Lage ein wenig. Mitte/ Ende März gings dann wieder los. Erst kletterte ein Typ der Rausgeschmissenen hier morgens in den B-Flügel und drohte damit, daß besetzte Häuser doch gut brennen und forderte die Neuen auf, wieder auszuziehen; dann die Geschichte mit den Steinwürfen vom Dach; dann das Punkkonzert; dann der abgebrannte Dachstuhl (siehe auch Chronologie).
Inzwischen, und jezz haben wir September, ist es wieder verhältnismäßig ruhig.

Florian: Trotzdem, die Anmachen und Bedrohungen reißen nicht ab, auch wenn sie in ihrer Heftigkeit und Vielzahl abgenommen haben. Es nervt schon gewaltig, wenn du auf'ner Demo aufgefordert wirst, dich zu verpissen, oder auf der Straße jetzt endgültig alles klarzumachen von Mann zu Mann oder wie letztens auf dem Tuntenfest in der Kastanienallee angespuckt und getreten wirst. Der Punkt ist, daß es einige, zu denen ich auch gehöre, mehr abkriegen als andere, die hier wohnen, weil sie nicht so bekannt sind, und sich außerdem der ganze Haß auf wenige projeziert.

Ines: Ich denke, es ist jetzt wichtig, daß es mit einigen auch wieder eine Annäherung gibt, daß wieder miteinander geredet wird, daß Gespräche stattfinden, obwohl das viele auch nicht wollen.

Und wie ist die Stimmung in der Brunnen so allgemein - nach all dem ganzen Streß ?

Rebekka: Nun ja, die Stimmung hat sich schon geändert. Es hat dies Jahr auch kein Hoffest gegeben, es haben sich auch nicht so viele Leute draußen im Hof aufgehalten, wie in den Jahren zuvor, einige Leute, die hier lange wohnten, ziehen aus und alte Konflikte untereinander brechen auf oder neue kommen hinzu. Und dann - das hat vorhin auch schon mal wer gesagt - die vielberühmte Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit. Das bleibt doch an wenigen hängen, die sich völlig aufrauchen und dann platt wie eine Briefmarke sind. Das müßte viel mehr aufgeteilt werden, aber viele haben daran kein oder nur ein geringes Interesse. Das ist schon enttäuschend.
Es gibt hier theoretisch viel Möglichkeiten, die aber z.Teil kaum genutzt werden, wie das Kino z.B., das seit einem Jahr leer steht. Auch im Umgang mit unserem neuen Hausbesitzer GAWEHN, der hier sanieren will, wird sich zeigen, ob wir und wie wir gemeinsam eine Perspektive entwickeln können. Und das hängt nicht nur von unserem Willen ab, sondern auch von einer realistischen Einschätzung unserer Kräfte. Dazu gehört auch, ob wir es in Zukunft durchsetzen können, daß Gruppen oder Projekte unserer Wahl hier im Komplex existieren können. Ich bin bei all dem nicht hoffnungslos, aber doch skeptisch. Und wenn du FreundInnen fragst, ob sie in die Brunnen einziehen wollen, schütteln sie nur mit dem Kopf.

Florian: Andererseits sind hier aber auch wieder neue Leute mit neuem Elan eingezogen. Das Subversiv hat seine Pforten wieder geöffnet. Und außerdem - was die Zukunft bringt, hängt nicht nur von den Umständen ab, die uns begleiten, sondern auch von uns selbst. Zugegeben, das waren harte Zeiten, viele müssen erst mal kräftig durchatmen, was vollkommen verständlich ist. Klar, Rückschläge gab es jede Menge, aber manchmal kannst du auch in finsteren Zeiten verdammt viel lernen. Und überlege doch mal, an wie vielen Orten es in Berlin noch möglich ist, die Utopie von einem anderen Leben (Großgruppen z.B.) mit so vielen Leuten noch zu verwirklichen, oder es zumindest zu versuchen.
Ja, vielleicht findet hier sowas wie ein Umbruch statt, der schon seit einiger Zeit im Gange ist - aber in vielen andern Häusern sieht es auch nicht besser aus.
Also, was die Zukunft hier angeht - alles ist offen !!

Ines: Du elender Zweckoptimist...

Zum Schluß meine letzte Frage: Glaubt ihr, daß eure Öffentlichkeitsarbeit bisher gelungen war ?

Corinna: Da gehen die Meinungen glaube ich auseinander. Ich fand, wir haben zuviel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, zuviel Flugis auf den Markt geworfen. Erst dadurch ist das Ganze auch so aufgebauscht und zu einem Politikum geworden. Eine Erklärung nach dem Rausschmiß, das hätte gereicht. Mehr wäre nicht nötig gewesen.

Ines: Das sehe ich anders. Alle haben drüber geredet und es kursierten viele Halbwahrheiten und Gerüchte; außerdem ist das ein politischer Konflikt - das muß öffentlich gemacht werden. Wir haben eher zu spät was geschrieben und nicht zu wenig.

Berlin, 2.März + 13.September 98
Ein Bewohner der Brunnenstraße







1977 wurde mit der Entführung eines der führenden Köpfe der BRD und des NS-Faschismus, Hans-Martin Schleyer, durch die RAF versucht, politische Gefangene zu befreien. Die SPD-Bundesregierung dachte nicht an Austausch, im Gegenteil. Es wurde offen in den Medien über die Exekution von politischen Gefangenen diskutiert. Am Morgen des 19.10.1977 wurden Andreas Baader, Gudrun Esslin tot, Jan-Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller (Gaby) schwer verletzt in ihren Zellen im Stammheimer Hochsicherheitstrakt gefunden. Die Überlebende Irmgard Möller betonte mehrmals, sich die Verletzungen nicht selbst zugefügt zu haben (siehe auch: Oliver Tolmein/Irmgard Möller: RAF - Das war für uns Befreiung, Konkret-Literaur-Verlag).

In der taz vom 27. Juni 1998 spricht Karl-Heinz Dellwo, ehemaliger Gefangener aus der RAF, von einer „Mordlegende". In autonomen Blättern wurde darauf eingegangen (siehe Zeck, Hamburg). Im Angehörigen Info 211 (Bezugsadresse: GGN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg) ist ein Text von Rolf Heißler abgedruckt („Wir haben die Wahrheit nicht zu scheuen"), der nachfolgend dokumentiert wird. Rolf Heißler gehört zu den neun Gefangenen aus der RAF. Sie müssen alle raus. Sofort und bedingungslos.

karl-heinz dellwo, 1975 beteiligt an der besetzung der brd-botschaft in stockholm zur befreiung der politischen gefangenen in der brd, danach gut 20 jahre im knast, isolationsgefoltert, abgeschottet, viele jahre in kleingruppe vertraktet, eine zeitspanne, die er außer dem eigenen, arg beschränkten (knast-)erleben nur aus den medien, vom hörensagen, aus den erzählungen anderer kennt und kennen kann, hat über drei jahre nach seiner entlassung einen ‚verbündeten' gefunden und ruft zusammen mit der taz zum ‚schluß mit linken legenden' auf. daß die interpretation der geschichte durch ex-linke oder auch einstige politische gefangene immer davon bestimmt ist, daß sie den heutigen veränderten positionen nicht widerspricht, sondern sie rechtfertigt, ist bekannt seit jahrzehnten. subjektivistische geschichtsbetrachtung, die die fakten ignoriert und die bestehende realität nicht mehr wahrnehmen will.

dellwo reiht sich nahtlos ein. er redet nicht von sich und seinen zweifeln über was auch immer, sondern von wir und allgemeinen zweifeln, ohne natürlich zu konkretisieren, wer diese angeblichen zweifel mit ihm teilt/e, wo doch stammheim 77 nach seinen angaben tabuisiert, also nicht darüber geredet wurde. sein entpolitisiertes guerilla-miß-verständnis als reaktive racheorganisation („daß die andere seite kräftig mitbezahlt", „das kriegen sie zurückbezahlt") hat er über die jahre sorgfältigst verschwiegen. kein wunder, daß er heute völlig sinnlos über die frage schwadroniert, ob das konzept stadtguerilla nicht von anfang an oder erst ab 75 oder auf jeden fall nach 77 zum scheitern verurteilt war, ohne auch nur einen hauch der damaligen globalen aufbruchstimmung vermitteln zu können, eine welt ohne ausbeutung und unterdrückung schien greifbar nah. wir in der brd und westberlin waren beileibe nicht allein auf der welt.

er sagt nicht, wie es ihm in den vielen knastjahren ergangen ist, und darf schon gar nicht an sich heranlassen, daß seine zweifel und heutigen positionen in engem zusammenhang damit stehen.

so wie er zu den auswirkungen der sonderbehandlung bei sich und in celle schweigt, schweigt er auch zu den auswirkungen der vernichtungsstrategie auf uns insgesamt, zu den schreibverboten, zu den besuchsverboten, zu der total eingeschränkten information und kommunikation nach innen wie außen. er sagt nichts zur kriminalisierung und verfolgung unserer anwälte, welcher anstrengung und qual auch nur die aufrechterhaltung minimalster kommunikation bedurfte.

das ist ihm auch nicht zum vorwurf zu machen, konkretisierung könnte zur kriminalisierung führen. einem „wir" am falschen platz verdankt eva ihr lebenslänglich. aber verlogen und verwerflich ist, wenn ein dellwo heute so tut, als hätten wir unbegrenzt über alles plauschen können, als ob wir uns nicht auf das notwendigste, d.h. auf die aufrechterhaltung und herstellung der handlungsfähigkeit des gefangenenkollektivs beschränken müssen, als ob informationen nicht funktionsbestimmt weitergegeben werden. was ich nicht weiß, weil ich es nicht wissen muß, kann weder durch rote folter auf die schnelle noch durch weiße folter langfristig aus einem herausgepreßt werden. statt die staatliche vernichtungsstrategie anzugreifen und darin den grund für sein verlorengegangenes vertrauen in seine genoss-inn-en zu sehen, spricht er den staat von jeglicher verantwortung frei, sucht die schuld bei einzelnen von uns und redet vom „hang zur autoritären strukturierung". wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen.

trotz der sonderbehandlung haben sich die gefangenen als kämpfendes kollektiv bis zum hs 89 behauptet und waren bis dahin auch politischer faktor, ein beispiel für viele national und international, daß kämpfen unter allen bedingungen möglich ist. erst als wir unsere forderung nach zusammenlegung für die diskussion unter uns wie mit allen gesellschaftlich relevanten und interessierten gruppen mit der perspektive unserer freiheit nicht durchsetzen konnten, breitete sich unter uns ratlosigkeit aus und nahmen die widersprüche zu, mitbedingt durch die ungleichzeitigkeit unseres einfahrens, den deswegen unterschiedlichen wissens- und erfahrensstand und die wegen der sonderbehandlung abnehmende konzentrations- und kommunikationsfähigkeit, zusätzlich verschärft durch die „kinkelinitiative", in der nicht das mittel der spaltung des gefangenenkollektivs gesehen wurde, sondern auf die wir uns letztlich einließen. indem wir die „einzelfallüberprüfungen" akzeptierten, verabschiedeten wir uns als kämpfendes kollektiv und konnte der staat ungestört das auf jede/n einzelne/n zugeschnittene vernichtungsprogramm weiter/entwickeln. und wir sind blind in diese falle getappt.

das papier der raf vom april 92 haben wir noch gemeinsam begrüßt: „... wir wollen - seit 89 ja schon - eine zäsur im gesamten politischen zusammenhang. ein solcher schritt kann von allen beteiligten nicht nur im bereich der gefangenen angepackt werden. wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon mitte der 80er zu erkennen war und im hungerstreik 89 von uns das erste mal politisch angepackt und in eine praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen. wer weiter an der notwendigkeit revolutionärer umwälzung der bestehenden weltweiten und innergesellschaftlichen ungerechten und zerstörerischen verhältnisse festhält, muß diese umbrüche begreifen und zu einer neubestimmung von inhalten und formen der eigenen politik kommen, auch im verhältnis zu den jeweils anderen linken erfahrungen und lebensweisen. neuorientierung in der gesellschaft und den internationalen zusammenhängen und beziehungen, ein offener lernprozeß. ..."

obwohl darin schon gruselige dinge standen wie: „... wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihr eliten auch nicht leben können. auch wenn es nicht unser interesse ist: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden."

mit anderen worten, nicht die illegalen wollten zu einer neubestimmung von inhalten und formen der eigenen politik kommen - sie hatten von der von einigen von uns seit jahren eingeforderten zäsur inhaltlich null begriffen -, sondern sie überließen dem staat die entscheidung über sich und ihre weitere praxis. mit dieser inhaltsleeren drohung hatten sie abgedankt, ganz unabhängig von steinmetz, und mußten vom staat nicht mehr ernst genommen werden.

aber genau auf dieser linie wollten dellwo und die celler gegen unseren willen, den sie kannten, und deswegen hinter unserem rücken weitermachen. was er heute bagatellisierend als „wir wollten druck auf die regierung ausüben" beschreibt, hieß in übersetzung, die reuters und bubis sollten der regierung und ihrem umfeld sagen, wenn

nicht dafür gesorgt wird, daß die gefangenen rausgelassen werden, wird es mit anschlägen weitergehen, und das kann doch nicht in deren interesse liegen. das konzept stadtguerilla als warenangebot an den staat - und das auch noch in unserem namen. weil wir keine andere möglichkeit hatten, das zu stoppen - sie redeten nicht mehr mit uns, sondern wir wurden mit fakts konfrontiert -, waren wir gezwungen, diesen dealversuch an die öffentlichkeit zu bringen. wir brauchen keine „sündenböcke", sondern ihr weg war politisch falsch und öffnete dem staat die möglichkeit, die „einzelfallüberprüfungen" ungestört fortzusetzen.

die existenz der guerilla wurde von der staatlichen reaktion abhängig und wir damit zu objekten gemacht. was der staat trotz sonderbehandlung nicht erreicht hatte, versuchten jetzt die eigenen genossen. sie brachten nicht mehr die geduld und anstrengung zur herstellung eines konsenses auf.

dellwo beruft sich auf kronzeugen. was von aussagen von kronzeugen zu halten ist, ist bekannt, sie müssen als preis für ihre frühere freilassung die „wahrheit" an den staat verkaufen, die er aus welchen gründen auch immer braucht.

gabi sagte in einem interview mit dem spiegel in der nr. 21/92 auf die spiegel-ausführung: „selbst ehemalige raf-genossen bezweifeln ihre darstellung. monika helbing zum beispiel hat die mordversion als lüge bezeichnet. es habe sich in wirklichkeit um eine geplante propagandaaktion, das sogenannte unternehmen ‚suicide action', gehandelt, mit dem ziel, die tode in stammheim als ‚reaktion eines faschistischen staates' darzustellen. ähnlich haben sich auch susanne albrecht und ralf friedrich geäußert."

gabi: „und warum machen die das? das sind doch alles leute, die lange in der ddr untergetaucht waren, dann festgenommen wurden und jetzt von dem kronzeugending profitieren wollen. und weil sie nichts anderes zu bieten haben, was sie hätten aussagen können, erzählen sie jetzt solche geschichten. ... die ganzen jahre, in denen sie in der ddr gelebt haben, waren sie keine verräter. jetzt sind sie welche. sie haben sich ergeben und einkaufen lassen. das war überhaupt nicht notwendig. die könnten zum teil längst frei sein, wenn sie sich nicht gegenseitig belastet hätten. und dann haben sie andere von uns belastet, die jetzt neue prozesse kriegen sollen."

dellwo weiß das, aber es interessiert ihn nicht. wie der staat versucht er, die kronzeugen für zwei zwecke zu funktionalisieren. ihn schert nicht, die raf hat sich ja aufgelöst, daß er damit dem staat noch nachträglich die legitimation für seine kronzeugenprozesse und damit für unsere weitere verknastung liefert.

dellwo könnte die situation kennen, wie man fühlt, wenn nicht nur das gewollte ziel, die befreiung von genoss-inn-en, nicht erreicht wird, sondern das gegenteil, genoss-inn-en auch noch tot sind. deswegen verliert er auch kein wort über uwe wessel und siegfried hausner und die rolle des staates in diesem zusammenhang. von trauer und dem gefühl der ohnmacht bestimmt kann man sich in solchen situationen leicht zum objekt der verhältnisse machen. ich habe mal in einem anderen zusammenhang geschrieben, vermutlich sind die stunden, in denen man zu tode gefoltert wird, die freiesten stunden im leben eines menschen, keine aufgabe, sondern kampf bis zum ende. so sind auch andreas, gudrun, jan und gabi subjekte geblieben und nicht zu beklagenden bedauernswerten opfern des staates geworden.

doch das will dellwo 98 nicht mehr wissen, statt dessen versucht er sich an der verallgemeinerung seiner zweifel, klagt belegbar falsch über tabuisierung und verliert darüber den eigentlichen adressaten aus den augen.

er ereifert sich nicht über die fragwürdigen staatlichen ermittlungsmethoden und -ergebnisse (ich spare mir die auflistung). er verlangt nicht die offenlegung der protokolle des großen und kleinen krisenstabes 77, obwohl in den medien unwidersprochen mehrfach zu lesen war, daß dort diverse optionen zur ermordung der gefangenen durchgespielt wurden. er verliert kein wort darüber, daß in den unter staatlicher kontrolle und zensur genommenen medien offen über die todesstrafe gegen die politischen gefangenen debattiert werden durfte, ein golo mann in einem kommentar in der tagesschau am vorabend des 19.10.77 ihre liquidation fordern konnte. es bleibt dem ehemaligen bundesinnenminister gerhart baum überlassen, öffentlich aufklärung über stammheim zu verlangen, z.b. daß die illegalen abhörprotokolle aus stammheim endlich veröffentlicht werden. ein wischnewski kann erzählen, somalische verantwortliche hätten ihm die ermordung des palästinensischen kommandos in mogadischu nahegelegt, obwohl souhaila andrawes mehrfach betont hat, daß somalische soldaten ihre ermordung durch die gsg 9 verhinderten und ihr das leben retteten. er verlangt nicht mal die offenlegung des von der bundesregierung oder irgendwelchen geheimzirkeln beschlossenen schießbefehls gegen die raf nach 77 und natürlich auch keine aufklärung der todesumstände von petra schelm bis wolfgang grams. (petra wurde 1971 in hamburg bei einer straßenkontrolle von der polizei erschossen - red.)

dellwos gerede kommt gerade passend für die legitimierung der damaligen bundesregierung, d.h. vor allem für die sozialdemokratie. schon im letzten jahr brachte breloer sein filmisches versöhnungsrührstück der alt-68er-innen mit der sozialdemokratie auf den markt - freispruch für die verantwortlichen - zur rechtfertigung einer ‚rot'-grünen bundesregierung im herbst, die von fischer & konsorten als alternative zu verkaufen versucht wird, obwohl sie in wahrheit keine alternative darstellt. an den massenhaften gesetzesverschärfungen zur verfolgung und kontrolle der bevölkerung, gleich ob großer lauschangriff oder ausbau des bgs zur bundespolizei, war selbst in der opposition immer die spd als treibende kraft dabei. die spd, die partei, die die ermordung benno ohnesorgs verantwortete und das klima für den mordanschlag auf rudi dutschke schuf. die spd, die partei der notstandsgesetze. die spd, die partei der berufsverbote - „berufsverbot" wurde zum begriff im internationalen sprachschatz. die spd, die partei, die alle anti-"terror"-gesetze von der ausschaltung der verteidigung bis hin zur isolationsfolter und kill-fahndung bis zum heutigen tag verantwortet, die 77 jenseits der verfassung einen krisenstab aus wehrmachts-ober-leutnants mit herold an der spitze die gewalt im staat übernehmen ließ. die spd, die partei, die stammheim weltweit zum inbegriff der verfolgung und vernichtung des politischen gegners macht und sich im globalen lob von pinochet bis botha sonnte.

1986 während der tagung der sozialistischen internationalen in lima ließ der peruanische präsident und parteifreund hunderte von politischen gefangenen umbringen. nobelpreisträger willy brandt nahm aus dessen hand den höchsten peruanischen orden in empfang und gab die rückendeckung für das massaker.

die tage wurden der spanische damalige sozialdemokratische innenminister barrionuevo und seine untergebenen wegen des aufbaus der todesschwadronen gegen vermeintliche sympathisanten der eta zu knast verurteilt. ex-vs-chef von hamburg horchem weilte zu dieser zeit für beratungen im baskenland.

die weigerung der damaligen bundesregierung und spd, die geheimdienstschränke zu öffnen, hat ihren grund.

wir haben die wahrheit nicht zu scheuen.

deswegen sind sämtliche geheimakten und -archive zur veröffentlichung freizugeben, und die verantwortlichen der guerillabekämpfung in den letzten jahrzehnten draußen und drinnen, national und international sollten endlich zu ihrer verantwortung stehen und ihre menschenrechtsverstöße und verbrechen eingestehen.

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF



hallo,in diesem text geht es um sexualisierte gewalt

hallo,ihr menschen!

tja ja sehr schwer für mich so nen text anzufangen und auch so zu schreiben,wenn ich im hinterkopf habe,daßich den an die interim schicken + den da veröffentlichen will,und dann auch zu so`nem thema,das für mich voll anstrengend ist,da ich selbst sexualisierte gewalt erlebt habe,ich mir viel druck mache,daß ich `bei so´nem thema´als mann bloß nix `falsches´schreiben darf,weil ich angst habe,dafür fertiggemacht zu werden,angst davor,in DER ZEITUNG der super-coolen+super-harten autonomen szene (is ne bewußte provo) zu schreiben. ja,ist ´n komisches gefühl,so ´nen text zu schreiben,den wahrscheinlich gaaaanz viele menschen lesen werden.ouuah!

also,ich bin ganz schön angenervtvon dem titelbild der interim nr.457.hab die vermutung,daß die menschen,die die ausgabe gemacht haben,ganz schön hart drauf sein müssen,falls ihr das so überhaupt mit konsens entschieden habt.ich gehe jetzt mal davon aus,ihr hattetwohl viel lust,menschen zu provozieren,die sich mit sexualisierter gewalt+/oder tierrechten auseinandersetzen.

ich wünsche mir für euch,daß ihr euch mal raum für diese themen nehmt,und euch da mal eure ängste und sowas angucken könnt.

ich hab mir gerade überlegt,ob ich mir von euch ´ne stellungnahme zum titelbild wünsche,sehe aber wenig sinn darin,da ich nicht glaube,daß sich durch nur einen text wirklich was (bei euch) ändern würde,ich kein vertrauen darein + zu euch habe.deshalb will ich mal sagen,was das mit MIR gemacht hat.achso,und das,was in der letzten interim 458 dazu steht,glaube ich auch nicht,also daß ihr ohne kopf zu machen,das `nächste´genommen habt,da steckt mehr dahinter.und was liegt bei euch son bild rum,das dann auch noch dasnächstbeste istt???

so,ich schreib jetzt,was das titelbild mit mir gemacht hat.erstmal hatte ich viel glück,daß der mensch,mit dem ich die interim teile,das titelblatt schon abgerissen und weggeschmissen,ich somit nicht bei mir zu hause,in meinem raum,mich damit konfrontieren mußte,und auch schon vorgewarnt war.puuuh.ich bin gerade richtig sauer geworden,da mir gerade bewußt geworden ist,daß sich voll viele menschen mit diesem titelblatt konfrontieren mußten,puuh,das sexualisierte gewalt bildlich darstellt.verdammt,das kann voll viele menschen gekickt haben + erinnerungen an erfahrene gewalt ,anstrengende gefühle bei denen ausgelöst haben.macht euch (die redaktion meine ich) das mal bewußt! als ich das titelblatt mir angeguckt habe,war ich in der stadt,was für mich heißt,daß ich mich eh sehr hart machen muß, und weil ich vorgewarnt war hab ich nur kurz gekuckt+mir gedacht ´ja,ja alles klar bei deneN?´,wenn ich mich jetzt daran erinnere und gefühle zu lasse fühle ich mich bedroht, kriege angst. fühlt sich so an, als ob schönbohm mich ankuckt, bou aha ekeln tu ich mich.

wieder an die redaktion

hallo, laßt das mal an ich euch ran und nicht selbstfertigmachen, sondern was DAMIT machen.

daszweitewozuichschreibe

Iih war voll sauer, als ich die interim nummer 458 durchgekuckt, um zu sehen, was da drin ist, und dabei gesehen hab, das ein text von A(Strich) drin war. ich hab mich erstmal nicht ernst genommen gefühlt, als mensch, der als ´kind´ sexualisierte gewalt erlebt hat. (den begriff überlebende will ich gereade nicht benutzen) ich war sauer, weil ich doof fand, daß ein mann, ein vergewaltiger, ein täter in der interim dafür raum gekriegt. später als ich den text gelesen hab, fand ich das teilweise voll gut, daß der da drin war, weil ich da auch teile davon gut fand + ich es wichtig finde, daß eine auseinandersetzung mit A läuft. wichtig + gut finde ich, daß die diskussion UM A — in der interim (auch/teilweise ?) läuft, doof finde ich, daß vergewaltiger, täter in der interim für sich raum kriegen, die über eine stellungnahme hinausgeht, und zwar in einer auseinandersetzung über eigene täterstrukturen. ich möchte nicht, daß die interim, ein raum ist, indem täter, vergewaltiger ´ihre´ texte,

Ausstellung

14 Tafeln, 100x140 cm
Fluchtursachen, §57 AuslG,
Bedingungen in der Abschiebehaft:
Theorie und Praxis,
Pro & Contra, Einzelfälle u.v.m.

Bestelladresse:
Flüchtlingsrat Leipzig e.V.
Magazingasse 3
04109 Leipzig
Tel./Fax: 03 41 / 9 61 38 72



Broschüre

64 Seiten
Ausstellungstexte,
Artikel der Abschiebehaftgruppe,
Dokumente, Presseberichte

Preis:
... DM
ab 5 Exempla... DM
(inkl. Porto)



Protest gegen Asylpolitik

ND, 5.10.98

(ADN). Rund 40 Vertreter des Jugendverbandes Jungdemokraten/Junge Linke haben am Sonntag auf der Grenzbrücke von Frankfurt (Oder) ins polnische Slubice gegen die Asylpolitik der Bundesrepublik protestiert. Auf Transparenten war zu lesen »Kein Mensch ist illegal« und »Abschiebung ist Mord«. An Passanten wurden Flugblätter verteilt. Nach Angaben der Veranstalter lief die Aktion friedlich ab, auch die Grenzabfertigung sei nicht beeinträchtigt worden.

Mit der Aktion sollte eine künftige rot-grüne Bundesregierung zur Wiedereinführung des alten Asylrechts aufgefordert werden, teilten Vertreter des Jugendverbandes mit. Es sei ein »humanitäres Gebot«, Flüchtende aufzunehmen, egal wieviele Menschen dieses Recht in Anspruch nehmen. Daher werde verlangt, keine Asylbewerber mehr abzuschieben und die Kompetenzen von Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei einzuschränken. Die größte Polizeidichte Europas habe an der deutsch-polnischen Grenze eine »Orwellsche Überwachungssituation« geschaffen.



auseinandersetzung zu dem von ihnen begangenen vergewaltigungen, führen. ich wünsche, das überlebende, betroffene von sexualisierter gewalt die interim als raum nutzen können, die täter zu benennen + ´ihren´ (unseren) raum (für politik und gefühle) nutzen zu können. was mich auch sauer gemacht hat, war, daß ich gemerkt habe, daß mit A. und pipo, also vergewaltiger, die kinder sexualisierte gewalt angetan haben, sehr unklar umgegangen wird. also, pipo wurde jahrelang nicht benannt, A. wird nicht benannt, obwohl er sich (noch) nicht (mehr) mal mit seinen täterstrukturen/täterverhaltensmustern auseinandersetzt, sexualisierte gewalt gegen kids ist kaum thema in gemischten szene-zeitungen, projekten, wohnlebensräumen. ich wünsch mir, daß wir uns (gegenseitig) ernst nehmen! ich wünsch mir von uns männern, daß wir versuchen, mehr verantwortung für uns + für alles mögliche übernehmen, was uns betrifft, besonders für unser patriachales verhalten und für diese diskussion. ich wünsch mir, daß wir versuchen, verantwortung zu übernehmen gegen sexualisierte gewalt gegen tiere. ich hoffe, daß (gerade männa) ihr meinen text an euch ranlassen wollt + könnt. auf kritik, zustimmung, andere reaktionen, die nicht fertigmachend formuliert sind, hoffend kiki

Zentrale DNA-Analyse-Datei

Totale Kontrolle?



Am 24. Juni beschloß der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP eine DNA-Analyse-Datei. Diese Zentraldatei war bereits zwei Monate zuvor errichtet worden und wurde damit nachträglich legalsiert, darüber hinaus wurden ihre bisherigen Einsatzmöglichkeiten erweitert. Mit Hilfe des "genetischen Fingerabdrucks" sollen künftig insbesondere Täter(innen), die Mord, Totschlag, Vergewaltigung, sexuellen Mißbrauch, Erpressung oder Serieneinbrüche begangenen haben, überführt werden.

Schon im April hatte Bundesinnenminister Kanther die Errichtung der Zentraldatei beim Bundeskriminalamt (BKA) angeordnet. Längst ging es nicht mehr nur um Sexualdelikte, die in der im Frühjahr immer weiter hochkochenden Diskussion vor allem ein Transmissionsriemen für die neuen Begehrlichkeiten der SicherheitspolitikerInnen insbesondere der CDU/CSU und SPD waren (1).

Kanther behauptete, daß die neue DNA-Analyse-Datei *"ausschließlich ein zusätzliches Identifizierungsmittel"* darstelle. In der *"Eingrifftiefe"* sei die Speicherung der Daten *"mit der seit langem ebenfalls zu Identifizierungszwecken erfolgenden Speicherung eines Fingerabdrucks im BKA-System AFIS zu vergleichen."* Die Zentraldatei werde nur mit solchen Daten gespeist, *"die im Zuge von Strafverfahren nach den inhaltlichen und verfahrensmäßig strengen Vorschriften der Strafprozeßordnung erhoben worden sind."* Diese Vorschriften stellten *"sicher, daß nur jener kleine Teil der DNA analysiert werden darf, der zur Identifizierung erforderlich ist und daß das Ausgangsmaterial nach der Analyse vernichtet wird. Damit ist zugleich die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen ausgeschlossen, die für Zwecke der Strafverfolgung nicht benötigt werden."* Gespeichert würden die DNA-Analyseergebnisse auch nur, *"wenn bei Tatverdächtigen die Prognose besteht, daß sie künftig als Straftäter erneut in Erscheinung treten werden."* Und vor allem sei die Speicherung *"nur bei Straftaten mit erheblicher Bedeutung zulässig"* - welche das aber genau sein sollten, darüber gab der Bundesinnenminister keine Auskunft. (2)

Nach Angaben des BKA-Präsidenten Klaus Ulrich Kersten, der die "Errichtungsverordnung" für die Zentraldatei am 17. April in Kraft gesetzt hatte, würden die Gen-Analysen von Blut-, Speichel- oder anderen Spuren vom menschlichen Körper, die an einem Tatort gefunden wurden und noch nicht einer bestimmten Person zugeordenet werden konnten, gesammelt. Dazu kämen - nach Anordnung eines Richters - die Daten von Beschuldigten in laufenden Ermittlungsverfahren, die auch gegen deren Willen erhoben werden dürften. Demgegenüber dürften, so Kersten, Daten, die z.B. bei der im April laufenden Massenuntersuchung in der Region Cloppenburg auf freiwilliger Basis gewonnen werden, nicht gespeichert werden. Einige Tage später teilte ein BKA-Sprecher ergänzend mit, daß die Landeskriminalämter damit die zur Identifizierung notwendigen Gen-Profile von verurteilten Wiederholungstätern in die Zentraldatei einstellen könnten. Allerdings befürchte man Kapazitätsprobleme, wenn jetzt sämtliche Daten verurteilte Täter nach Wiesbaden übermittelt würden. Außerdem sei im Einzelfall zu prüfen, ob eine Wiederholungsgefahr weiter anzunehmen sei.

Die Rechtsgrundlage für die Zentraldatei, seine Ermächtigung per BKA-Gesetz, hielt Kanther für ausreichend, zumal alle 16 Innenminister und -senatoren der Bundesländer in der Woche nach Ostern dem Entwurf der Errichtungsverordnung zugestimmt hatten: *"Für das, was wir tun, brauchen wir kein neues Gesetz."*

So hatten das auch Polizei und Justiz seit Anfang der 90er Jahre - seither wurde die DNA-Analyse in Deutschland immer wieder angewandt - gesehen. Dennoch ist die DNA-Analyse in Strafverfahren seit März 1997 in den §§ 81e und 81f der Strafprozeßordnung (StPO), auf die sich Kanther oben bezog, gesetzlich geregelt (3). Danach dürfen genetische Untersuchungen durchgeführt werden, soweit sie zur Feststellung der Abstammung oder der Tatsache, ob aufgefundenes Spurenmaterial von dem Beschuldigten oder dem Verletzten stammt, erforderlich sind.

In kassiber 35 wurde bereits kritisiert, wie sich diese *"inhaltlichen und verfahrensmäßig strengen Vorschriften"* (Kanther) in der Praxis auswirken dürften. So muß die *Entnahme* zwar *im Prinzip* durch eine/n RichterIn angeordnet werden, doch kann dies in Eilfällen - und davon dürfte es viele geben - auch durch Polizei oder Staatsanwaltschaft geschehen (4). Auch ist die DNA-Analyse nicht nur, wie von Kanther behauptet, *"bei Straftaten mit erheblicher Bedeutung"* oder bei "dringendem Tatverdacht", sondern in jedem Strafverfahren zulässig. (5)

Alle wollten mitmachen

Das ganze Frühjahr war über die Zentraldatei diskutiert worden, Kritik gab es damals reichlich. Allerdings beschränkte sich die im wesentlichen auf Kanthers Vorgehen, kaum eine Stimme wurde laut, die die Gen-Datei ablehnte. Die Debatte wurde vor allem durch zwei 'Fraktionen' bestimmt, die aber beide Notwendigkeit und Nutzen des Projekts nicht (mehr) in Zweifel zogen: Zum einen JuristInnen, DatenschützerInnen, Bündnis 90/Die Grünen, FDP u.a.m., denen es vor allem um eine gesetzliche Grundlage der Datenspeicherungen ging und die von Kanther als "Bedenkenträger" abqualifiziert wurden; zum anderen insbesondere Sozis und CSU, denen das alles nicht weit genug ging.

Während DatenschützerInnen immer wieder - und oft vergeblich - fordern, vor der Errichtung der immer neuen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen einbezogen zu werden, um Datenschutzkonzepte absprechen zu können, gab der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Joachim Jacob, dem Bundesinnenminister bereits Anfang April sein Plazet. Jacobs beschränkte sich darauf, Kanther *"dringend [zu] empfehlen, die Datei auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen"*. Das bedeute aber nicht, daß Bundesinnenministerium und -kriminalamt *"nicht schon mit dem Aufbau der Datei beginnen"* könnten (6). Kanthers wenig später erfolgte Ermächtigung per Bundeskriminalamtsgesetz kritisierte Jacobs als *"äußerst zweifelhaft und risikobeladen"*. Jacobs machte sich aber weniger Sorgen um (die Masse) diejenigen, deren Daten erhoben werden, sondern um Polizei und Staatsanwaltschaft. Denn denen wäre nicht geholfen, wenn in einem Gerichtsverfahren das Ergebnis eines Datenabgleichs für nicht verwertbar erklärt werde. (7) Auch die im April tagende Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hatte bis auf einzelne Kritikpunkte nichts zu beanstanden. Außerdem habe man, behauptete der niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte Gerhard Dronsch, *"von Datenschützern aus anderen Staaten ... bisher nichts von Problemen mit einer solchen Datei gehört"* (8).

Ähnlich argumentierten FDP-PolitikerInnen. Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) betonte, daß die Analyse des Erbgutes ein wesentlich intensiverer Eingriff in das Persönlichkeitsrecht als beispielsweise ein Fingerabdruck ist. Angeblich reiche dies bis *"hin zu der Möglichkeit, ein Charaktergutachten anzufertigen"*. Um bei der Bevölkerung keine Ängste vor diesem neuen Instrument zur Verbrechensbekämpfung hervorzurufen, müßte per Gesetz exakt geregelt werden, unter welchen Bedingungen die Genanalysen gespeichert werden dürfen, wer die Daten abrufen kann und welche Aufbewahrungsfristen gelten sollten. Während Kanther, BKA u.a. die Speicherung von DNA-Analysen bei allen - ohne dies weiter zu spezifizieren - "Straftaten von erheblicher Bedeutung" forderten, wollte die FDP dies auf Sexualdelikte und solche Taten, die mit mindestens einem Jahr Haft geahndet werden, beschränken.

Bündnis 90/Die Grünen, die in früheren Jahren Mitglieder und WählerInnen u.a. aus der Bewegung gegen die Volkszählung rekrutierten, sich heute aber weniger als parlamentarischer Arm derjenigen verstehen, die die verbliebenen Reste des informationellen Selbstbestimmungsrechts - auch aus politischen Gründen gegen diesen Staat - verteidigen wollen, sondern eher als FürsprecherInnen des institutionellen Datenschutzes wollten natürlich ebenfalls mitmachen. Die

bündnisgrüne Bundestagsfraktion forderte, in einem Gesetz Art, Umfang und Dauer der Erhebung und Speicherung der Daten festzulegen. Das verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeitsprinzip gebiete die Beschränkung der Datenspeicherung auf Straftaten mit besonderer Schwere, die konkret zu bezeichnen seien. Darüberhinaus sei zu gewährleisten, daß die DNA-Analyse-Datei sich nur auf Identitätsfeststellungen im Ermittlungs- und Strafverfahren beschränke, „ein Rückschluß auf Erbanlagen" müsse auch künftig unzulässig sein. (9)

Demgegenüber regte sich der Unwillen der Sozis wohl insbesondere deshalb, weil man Kanther - und damit der CDU - den Glanz des Sheriffsterns nicht allein überlassen, nicht im Schatten stehen, sondern mindestens zum Deputy ernannt werden wollte. Auf Seiten der SPD tat sich der rechtsradikale niedersächsische Innenminister und designierte Nachfolger Gerhard Schröders als Ministerpräsident, Gerhard Glogowski, besonders hervor. Er hatte bereits Anfang April Kanthers Position vollinhaltlich übernommen und darauf gedrungen, die Gendatei rasch aufzubauen, wofür keine neuen Gesetze notwendig seien. *"Das Gezerre in der Bonner Regierungskoalition"*, gemeint waren die „Bedenkenträger" in der FDP, müsse *"im Interesse der Opfer ... endlich ein Ende haben"* (10). Der einzige Dissens Glogowskis mit dem Bundesinnenminister ergab sich in der Frage der Speicherfristen. Während Kanther die zunächst auf längstens 20 Jahre beschränken wollte, forderte Glogowski die lebenslange Speicherung (11).

Und so kam es wie es in der durch den Vorwahlkampf angeheizten Debatte um die "Innere Sicherheit" kommen mußte: Das schließlich Ende Juni vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung wurde insbesondere durch das Zutun der Sozis noch einiges 'schlimmer' als die zuvor bestehende Regelung. In Zukunft sollen die Untersuchungen nicht nur bei Verdächtigen in laufenden Ermittlungsverfahren, sondern auch bei denjenigen, die bereits verurteilt wurden, durchgeführt und deren Ergebnisse aufbewahrt werden. Auf Grundlage des neu geschaffenen § 81g StPO dürfen nunmehr „zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren dem Beschuldigten 1. eines Verbrechens, 2. einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder 3. einer sonstigen Straftat von erheblicher Bedeutung Körperzellen entnommen und zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters molekulargenetisch untersucht werden, wenn wegen der Art oder Ausführung der Tat, der Persönlichkeit des Beschuldigten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, daß gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer der vorgenannten Straftaten zu führen sind" (12). Generelle Fristen zur Aufbewahrung und Löschung der Daten sieht das Gesetz *nicht* vor.

Symptomatisch für die genetischen Massenuntersuchung wie für andere aktuelle Errungenschaften der "Inneren Sicherheit", z.B. die sog. Schleierfahndung des Bundesgrenzschutzes (BGS) auf Bahnhöfen und Flughäfen, ist, daß der bürgerliche Rechtsstaat seine postulierte Unschuldsvermutung nunmehr ins Gegenteil verkehrt: Verdächtigt ist (fast) jeder, in Fällen sexuellen Mißbrauchs und Vergewaltigung jeder Mann und für den BGS insbesondere jede/r Nicht-Deutsche bzw. diejenigen, die nach Meinung der BGS'lerInnen so aussehen. Die von den "Sicherheitsbehörden" Beschuldigten haben ihre Unschuld nachzuweisen - und nicht (mehr) umgekehrt. Diese Argumentation, etwas anders formuliert, nämlich daß Täter schnell ermittelt und Unschuldige sicher entlastet werden könnten, tauchte in der Diskussion über die Gendatei immer wieder auf (13).

16.400 Männer zum Gentest aufgefordert

Bestätigt, auch was die Dringlichkeit einer Zentraldatei anging, sahen sich die GesetzesbefürworterInnen insbesondere dadurch, daß mit Hilfe von im Frühjahr 1998 in der Umgebung des niedersächsischen Strücklingen entnommenen Speichelproben, von rund 15.000 Männern Ende Mai ein Täter überführt werden konnte. Der Mann hatte Anfang 1996 ein elfjähriges Mädchen vergewaltigt und im März 1998 eine andere Elfjährige vergewaltigt und anschließend ermordert. Als potentiell verdächtig galten rund 16.400 Männer (14) im Alter von 18 bis 30 Jahren in etwa 40 Ortschaften rund um Strücklingen. Auch wenn die Tests - da ohne jegliche Rechtsgrundlage - *"auf freiwilliger Basis"* erfolgten, kamen *"deutlich mehr"* als 12.000 am Gründonnerstag und Karfreitag vor Ostern zur Untersuchung. Ein Sprecher der Polizei in Cloppenburg kündigte daraufhin an, daß man nunmehr systematisch an diejenigen Männer herantreten werde, die keine Speichelprobe abgegeben hatten, denn *"das Ganze macht natürlich nur Sinn, wenn wir 100 Prozent erfassen"*. Was mit denen geschehe, die der Aufforderung zur freiwilligen Abgabe ihrer Speichelprobe dennoch nicht folgten, werde man im Einzelfall sehr sorgfältig prüfen (15). Aufgrund dieser Drohung, der sozialen Kontrolle und der anhaltenden öffentlichen Kampagne erschienen in den darauffolgenden Wochen weitere 3.000 Männer zum Test. Jeweils bis zu 250 Proben pro Tag wurden durch das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen untersucht, ein Teil des Materials wurde außerdem an das LKA Berlin abgegeben. Auf die Angebote privater Labors sei verzichtet worden, da sie teurer als die LKA-Analysen (50 Mark je Probe) gewesen seien.

Der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Professor Christian Pfeiffer, hatte am 15. April in einem Radiointerview die Ansicht vertreten, daß die ganze Aktion sich als "Fehlschlag" entpuppen könnte, wenn es nicht gelingen würde, alle in Betracht kommenden Männer zur Teilnahme zu bewegen. Denn *"wenn 6.000 übrigbleiben, ist das viel zu viel, um zu sagen, die gucken wir uns jetzt genauer an"*. Aber nur bei vielleicht 100 bis 200 Verdächtigen könne die Polizei nähere Untersuchungen einleiten. Pfeiffer wollte allerdings nicht ausschließen, daß die Aktion erfolgreich sein könnte, weil auch der Täter am Test teilgenommen hat (was ja auch tatsächlich der Fall war). Trotzdem sei als Lehre aus dieser Massenuntersuchung zu ziehen, daß es wohl nicht gelinge, so viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen. (16)

Die Frage, ob und wie die fehlenden mehr als 1.500 Proben hätten beigebracht werden könne, stellte sich aber nicht, denn die Probe Nummer 3889 ergab schließlich eine Übereinstimmung mit den an den Tatorten hinterlassenen Spuren. Die "Soko Nelly" der Kriminalpolizei hatte zuvor rund 4.300 Hinweise und Spuren vergeblich verfolgt und dabei etwa 3.000 Männer im Nordwesten Niedersachsen aufgesucht und überprüft; außerdem wurden die Daten von etwa 30.000 Autos ausgewertet. Die erstmals in dieser Größenordnung angewandte genetische Massenuntersuchung, die aber nur zehn Prozent des gesamten Arbeitsaufwandes ausgemacht habe, hätte die Arbeit der Polizei erheblich erleichtert.

DNA-Analyse

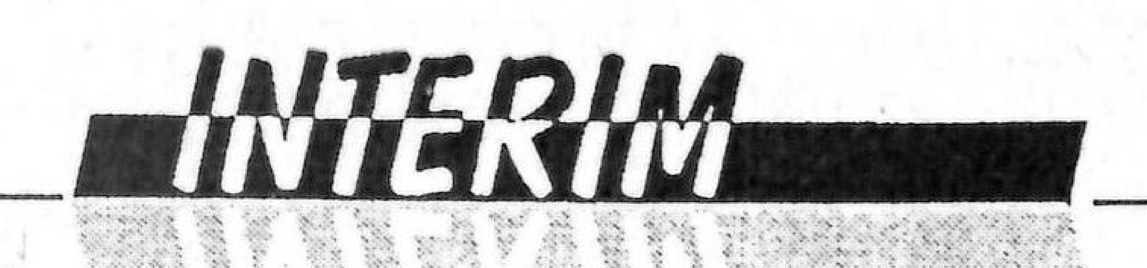
Die 1985 durch den britischen Wissenschaftler Alec Jeffreys entwickelte DNA-Analyse beruht auf der Erkenntnis, daß jeder Mensch einen unverwechselbaren „Bauplan" hat, ein spezielles Muster der Erbsubstanz Desoxyribonukleinsäure (DNS). (Eine Ausnahme bilden eineiige Zwillinge, die denselben Code haben.)

Bei der angewandten Technik des DNA-Profilings wird DNA aus den Spuren -Blut Speichel, Sperma, Haar o.a. - isoliert und mit Hilfe von Enzymen in Stücke zerlegt, die Stränge der Länge nach sortiert. Da bisher nur über einen Teil der menschlichen DNA Erkenntnisse vorliegen, werden „hochvariable Abschnitte" untersucht, die mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa eins zu sechs Milliarden gleich sind. Diese Abschnitt gelten nach heutigem Erkenntnisstand als informationslos, es ist allerdings nicht absehbar, ob auf ihnen künftig Informationen entschlüsselt werden. Ergebnis ist ein für jeden Menschen charakteristisches Bandenmuster, welches als Strichcode sichtbar gemacht werden kann. Die ausgewerteten Merkmale von fünf der rund 3.000 Bandenmuster eines Zellkerns können als Zahlenreihe gespeichert und mit anderen Proben verglichen werden.

Die Typisierung der DNA-Proben dauert durchschnittlich 14 Tage, die Auswertung der Tatortspiren ca. vier Wochen. Mit Hilfe der internationalen Standardmethode PCR lassen sich darüber hinaus innerhalb eines Tages einzelne Gene molekular charakterisieren und zusätzlich die Erbmasse winzigster Spuren, zum Beispiel eines Haares, für Identifizierungszwecke beliebig vermehren.

Während bis in die Mitte der 90er Jahre von den Verdächtigen bzw. Beschuldigten Blutproben genommen wurden, begnügt man sich heute in der Regel mit Speichelproben. Der in den Medien und deshalb auch hier verwandte Begriff ist allerdings etwas irreführend. Tatsächlich werden mit einem Wattestäbchen Zellen der Mundschleimhaut entnommen.

DNA-Analysen wurden in der BRD zwar schon seit Jahren vorgenommen, doch zumeist bei sog. Vaterschaftstests und eher nur in Einzelfällen in Ermittlungs- und Strafverfahren. Die Ergebnisse mußten aus Datenschutzgründen nach der Feststellung der Vaterschaft bzw. der Verurteilung des/der TäterIn vernichtet werden. Der Einsatz des "genetischen Fingerabdrucks" war 1990 vom Bundesgerichtshof als Beweismittel zugelassen worden.



Zahlreiche genetische Massenuntersuchungen in den letzten Jahren

Zwar war die polizeiliche Aktion in und um Strücklingen die bisher mit Abstand größte, doch hat es in den letzten Jahren eine Reihe anderer Massenuntersuchungen gegeben, in denen Bevölkerungsgruppen, zumeist Männer einer bestimmten Altersgruppen, zum "freiwilligen" Test aufgefordert waren. So gaben im April 1997 die meisten der 480 männlichen Einwohner des Dorfes Mardorf bei Hannover zwischen 14 und 50 Jahren eine Speichelprobe ab. Gesucht wurde ein Mann, der dort im Oktober 1996 ein 15jähriges Mädchen vergewaltigt und anschließend ermordet hatte (17). Ergebnislos blieb auch die Suche nach dem Täter, der, ebenfalls im Oktober 1996, eine 18jährige Frau in der Nähe des Ortes Vechelde (Landkreis Peine) ermordert hatte. Einziger Anhaltspunkt war ein einziges Haar, das bei der Leiche gefunden worden war. Doch es genügte, um im darauffolgenden Dezember 1.300 männliche Verchelder zwischen 18 und 50 Jahren zum Test aufzufordern. Die Behörden hatten der Freiwilligkeit dadurch nachgeholfen, das sie im Falle des Nichterscheinens mit einer Vorladung zur Staatsanwaltschaft drohten (18). Dies war bereits die achte Massenuntersuchung durch das LKA Niedersachsen seit 1995.

Etwas anders verhielt es sich bei der Überprüfung von Porsche-Fahrern in München im Jahr 1996. Damals war die Polizei auf der Suche nach einem Mann, der Ende 1992 in Nehren (bei Tübingen) eine 24jährige Frau vergewaltigt und ermordet hatte. Da vor dem Tatort ein Porsche mit Münchener Kennzeichen gesehen wurde, überprüfte die Polizei rund 4.000 (!) Porsche-Fahrer in der Isarmetropole, von denen 750 im Alter von 20 bis 40 Jahren, da sie kein stichhaltiges Alibi hatten, schließlich zur "freiwilligen" Blutprobe gebeten wurden.

Ein 30jähriger Mann verweigerte die, woraufhin das Amtsgericht die "Entnahme" anordnete. Dagegen reichte der Betroffene Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVG) ein. Das BVG nahm die aber gar nicht zur Entscheidung an, sondern beschied dem Beschwerdeführer in einem am 22. August 1996 veröffentlichten Beschluß, daß Gerichte zur Aufklärung schwerer Verbrechen serienweise Blutproben bei Beschuldigten anordnen dürfen, selbst wenn kein besonders starker Tatverdacht besteht. Insbesondere sei nicht zu beanstanden gewesen, daß das Gericht die vom Beschuldigten angebotene Vernehmung einer Alibizeugin nicht habe gelten lassen. Zum anderen stelle angesichts der Schwere der Tat eine Blutprobe nur einen geringen Eingriff dar. (19)

Demgegenüber führten Massenuntersuchungen in anderen Fällen zur Überführung der Täter. So etwa 1993 des Vergewaltigers und Mörders einer 19jährigen Frau in Hänigsen (Landkreis Hannover). Zuvor war von 150 männlichen Gästen eines Feuerwehrballs im Januar 1992, den auch das Opfer besucht hatte, eine Blutprobe genommen worden. Oder 1994: Damals wurde ein 22jährige überführt, der im September 1993 ein zweijähriges Mädchen aus Babenhausen (Kreis Darmstadt-Dieburg) vergewaltigt und anschließend ermordet hatte. Hier war das Blut von 1.900 US-Soldaten und Anwohnern einer Kaserne untersucht worden.

Während aber Deutschen - mit Ausnahme von Porsche-Fahrern - eine Freiwilligkeit zugebilligt wird, kann davon bei den auch ansonsten in der „Festung Europa" weitgehend rechtlosen Flüchtlinge keine Rede sein. So holte ein großes Polizeiaufgbeot im Frühjahr 1995 39 Roma-Frauen aus einem Kölner Flüchtlingswohnheim und nahm sie zu einem Bluttest mit. Anlaß der Aktion war die Aussetzung eines Neugeborenen in einem Gebüsch in der Nähe des Heimes fünf Tage zuvor. Die Bluttests sollten zu der Mutter führen. Die Frauen wurden laut des Rom e.V. über die Hintergründe nicht informiert. Sie hätten teilweise befürchtet, nach Bosnien zurückgeschoben zu werden, und seien verzweifelt gewesen.

Die Kölner Polizeirazzia auf menschliche Gene erinnerte in vielem an eine Basler Aktion. Dort suchte die Polizei im Sommer 1994 einen mehrfachen Vergewaltiger, der offenbar im Dreiländereck Schweiz/Deutschland/Frankreich lebte und den eine Zeugin als "Farbigen" identifiziert haben wollte. Rund 300 Schwarze wurden abgegriffen, teilweise auch Männer aus dem benachbarten elsäsischen Mulhouse, 138 von ihnen wurden zur Genomanalyse gebracht. Trotz des großen technischen und polizeilichen Aufwandes blieben beide Aktionen vollständig erfolglos.

Bei der Kölner und der Basler Polizeiaktion handelte es sich europaweit um die vierte und fünfte bekanntgewordene genetische Rasterfahndung. Auffällige Parallelen: Hüben wie drüben behaupteten die Behörden, der ärztliche Eingriff zur Feststellung des genetischen Fingerabdrucks beruhe auf Freiwilligkeit und Einverständnis der Betroffenen, was letztere beidenorts vehement bestritten. Die deutschen wie die Schweizer Polizeikräfte sprachen von einem "einmaligen kriminalistischen Vorgehen", rechtfertigten es mit der "grundsätzlichen Bedeutung des Delikts" und bestritten mit Vehemenz seinen rassistischen Charakter.

In Basel war der Täter übrigens schon kontrolliert worden, blieb aber trotz High-Tech unerkannt und wurde später aufgrund der ältesten Fahndungsmethode erwischt - aufgrund der Anzeige einer Nachbarin, die ihn vor der mutmaßlichen Begehung eines neuen Delikts ertappt hatte. Die Kölner Verzweiflungstat scheint nicht aufgeklärt worden zu sein. (20)

Gendateien international

Im Vergleich zu anderen Ländern hinkt die BRD bei den DNA-Analysen in Ermittlungs- und Strafverfahren aber (noch) hinterher. Die Vorreiterrolle spielt hier eindeutig Großbritannien, wo im April 1995 die weltweit erste entsprechende Datenbank eingerichtet wurde. Im Frühjahr desselben Jahres trat auch ein Gesetz in Kraft, daß die britische Polizei berechtigt, von allen eines Verbrechen verdächtigen Festgenommenen einen "genetischen Fingerabdruck" aus Blut, Speichel, Samen oder Haut anzufertigen bzw., wenn sich der/die Verdächtige weigert, eine sog. nicht-intime Probe zu nehmen, diese zu analysieren und die Daten zu speichern. Zwar schreibt das Gesetz auch vor, daß die eingegebenen Daten, wenn sich der Vorwurf als unberechtigt erweist, umgehend wieder zu löschen sind, doch dürfte es sich mit der Sammelwut britischer Sicherheitsbehörden nicht wesentlich anders als in der BRD verhalten.

Am 11. August 1995 feierte man dann in London den, so der damalige Innenminister Michael Howard, Beginn einer neuen Ära der Verbrechensbekämpfung. Kurz zuvor hatten sich erstmals zwei DNA-Profile als deckungsgleich erwiesen: das einer an einem Tatort (Einbruch) sichergestellten Blutprobe und das eines, da vorbestraften, in der Zentraldatei gespeicherten Mannes. Seine Festnahme stand unmittelbar bevor. (20) Inzwischen sind in der britischen Zentraldatei die DNA-Profile von etwa 200.000 Verdächtigen gespeichert, ab 1998 sollen jährlich 200.000 weitere hinzukommen (22).

Auch andere westeuropäische Länder sind schon sehr weit: Seit Anfang 1998 gibt es eine DNA-Datenbank in Norwegen, das DNA-Profiling wird auch in Belgien, in den Niederlanden und in Österreich praktiziert (23). Europaweit koordiniert wird das DNA-Profiling gerichtsmedizinischer Labore von der *European DNA Profiling-Group* (EDNAP-Group). Interpol und Europäische Union bemühen sich um die Einrichtung einer europäischen DNA-Analyse-Datei.

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten speichert die Polizei inzwischen in 49 Bundesstaaten die "genetischen Fingerabdrücke" von Verdächtigen und TäterInnen. Auch wenn sich die gesetzlichen Vorschriften in den einzelnen US-Staaten unterscheiden, ging und geht die Tendenz überall dahin, den Katalog der entsprechenden Straftatsbestände immer mehr auszuweiten. In den Gen-Datenbanken landen nicht mehr nur SexualstraftäterInnen, sondern inzwischen auch Leute, die einen Einbruch begangen oder ein Auto gestohlen haben, auch wenn sie erst 14 Jahre alt sind. So verzeichnete die Datenbank im etwa fünf Millionen EinwohnerInnen zählenden Virginia, das 1989 als erster US-Bundesstaat mit der Speicherung von DNA-Analysen - zunächst nur von Sexualstraftätern - begann, 1997 bereits 161.000 DNA-Profile. Durch den Vergleich von Tatortspuren mit diesen Daten seien, so Deanne Dabbs, Programmleiterin der forensischen Biologie bei der Virginia-Kriminaljustiz, seit 1990 27 WiederholungstäterInnen überführt worden.

Die US-amerikanische Bundespolizei FBI arbeitet bereits seit sieben Jahren an einer Nationalen Datenbank, in der bis zum Jahr 2000 die Gen-Profile aus den Dateien aller Bundesstaaten zentral erfaßt sein werden. Dann könnten, so Dabbs, Verdächtige nicht nur landesweit überprüft, sondern auch in der Europäischen Datenbank EDNAP oder etwa der britschen DNA-Bank gesuchten werden. (24)

Wohin die Reise nach den Vorstellungen der SicherheitsstrategInnen der o.g. und vieler andere Länder gehen soll, erläutert der Leiter der Abteilung Kriminalpolizeiliche Ermittlungen im österreichischen Innenministerium, H. Beuchert: *"In der ersten Phase wollen wir besonders schwere Fälle bearbeiten und jene, bei denen wir davon ausgehen, daß der Täter wiederkommen wird ... Unser Fernziel ist es, daß jeder, der registriert* (sic!) *wird, einen DNA-Mundhöhlenabstrich über sich ergehen lassen muß."* (25)



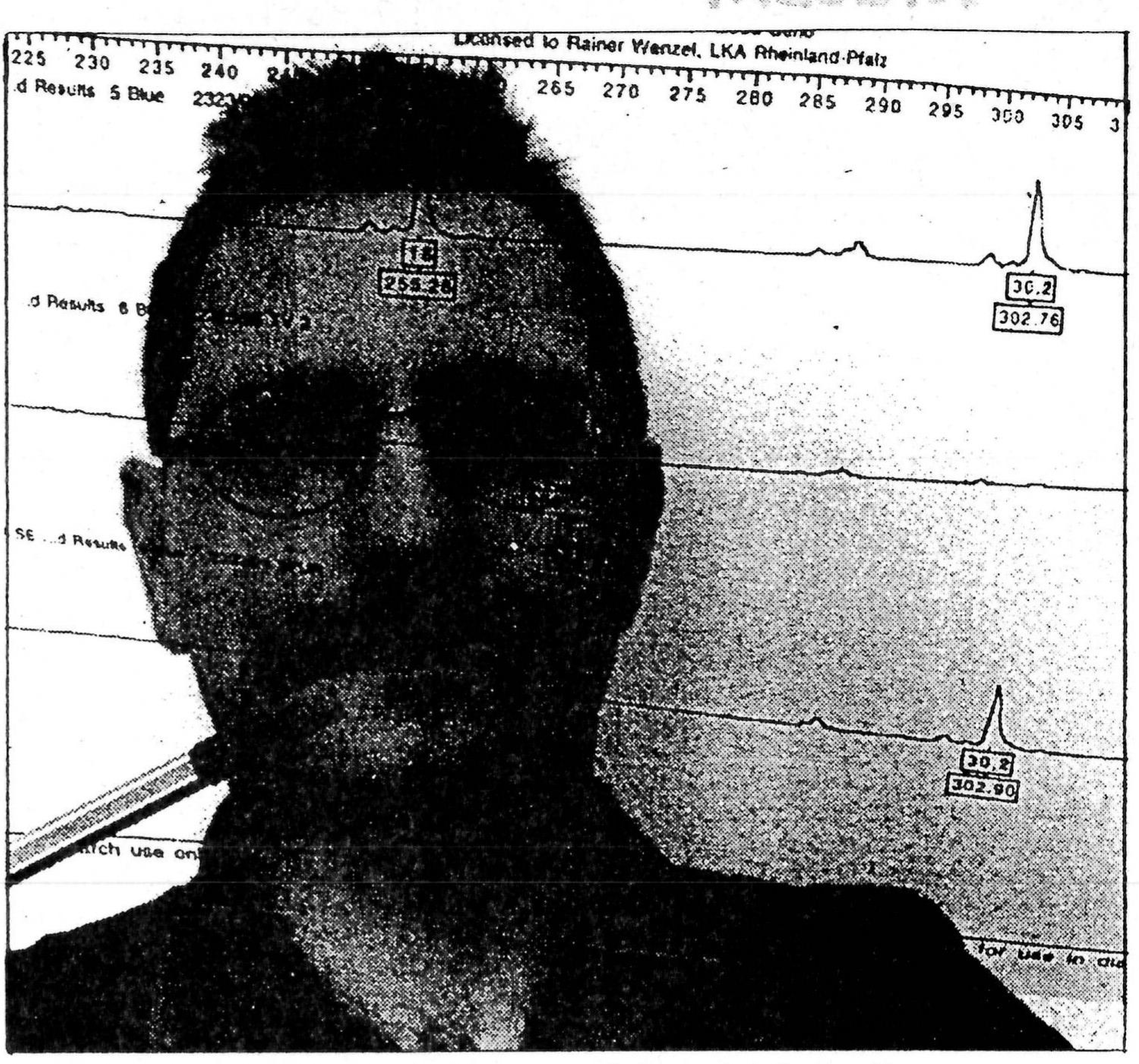
Der von den Sicherheitsbehörden gewünschten Speicherung der Daten aller BürgerInnen stehen momentan noch mehrere Hürden entgegen. So gibt es in der BRD, wie von Forschung, Industrie und Politik immer wieder beklagt wird, große Vorbehalte gegenüber der Gentechnologie, die zunächst abgebaut werden müßten. Zweitens wollen die meisten Menschen nicht gänzlich auf den in den letzten Jahren stark erodierten Datenschutz, ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht, verzichten. Und drittens gibt es technische Probleme.

Da bietet es sich an, die Registrierung einer sehr großen Gruppe von Menschen zunächst einmal an denjenigen, die in Deutschland Asyl beantragen, und anderen „Kategorien" von AusländerInnen zu versuchen. Denn die gelten bei Politik, Behörden und Bevölkerung per se als verdächtig, insbesondere weil einige von ihnen sich nicht freiwillig ausweisen lassen, sondern unter einem anderen Namen einen neuen Asylantrag stellen bzw. Sozialleistungen beantragen.

In den meisten EU-Staaten gibt es heute ein Automatisiertes Fingerabdruck-Informationssystem (AFIS). Diese Datenbanken sollen künftig durch das im Aufbau befindliche EURODAC zusammengeführt werden. Während zuvor Fingerabdrücke an Tatorten gesammelt und zum Vergleich bloß jenen Personen abgenommen wurden, die unter dringendem Tatverdacht standen, braucht es seit Aufkommen der AFIS-System weder Tatverdacht noch Delikt. Voraussetzungslos werden nunmehr die Fingerabdrücke sämtlichenMenschen, die als Flüchtlingen Asyl beantragen wollen, noch vorher abgenommen und computerisiert. Sozusagen als Abfallprodukt zur Computerisierung der Fingerabdrücke fallen in einem zweiten Informationssystem zwangsläufig die Personendaten derAsylsuchenden und im allgemeinen weitere Angaben zu Asylverfahren und Herkunft an. Das deutsche Ausländerzentralregister (AZR) dient u.a. auch als Nachrichtenverbund für Aufgaben der Polizei, Strafverfolgungsorgane und Nachrichtendienste. Das BKA hat seit 1993 Zugriff auf sämtliche Fingerabdruckdaten, die ihm das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von Gesetzes wegen zur Verfügung stellen muß. Das BKA sucht seither bei *Fahndungen jeglicher Art* systematisch auch die Daten der Flüchtlinge durch, unabhängig von einem Schuldvorwurf oder Tatverdacht. (26)

Da der herkömmliche Fingerabdruck trotz seiner hochtechnisierten Auswertung doch noch ein vergleichsweise unsicheres Identifizierungsmerkmal ist, forderten im Mitte 1998 mehrere deutsche Politiker den „genetischen Fingerabdruck" für *alle Flüchtlinge*, die hier Asyl beantragen. Als Begründung mußten wieder einmal die angeblich zahlreichen „Doppelidentitäten" herhalten.

Wie Großbritannien praktiziert die BRD die DNA-Analyse bei Flüchtlingen aus bestimmten Ländern schon heute. So informierte das Bundesinnenministerium am 12. November 1997 die Innenminister und -senatoren der Länder über die Möglichkeit, den „genetischen Fingerabdruck" von KurdInnen aus dem Nordirak zu nehmen, wenn ihre Papiere das Verwandtschaftsverhältnis zu ihren in der BRD lebenden Angehörigen nicht ausreichend belegen. Dazu



Rainer Wenzel vom LKA Rheinland-Pfalz zeigt eine Folie mit drei Gen-Profilen.

werden den Flüchtlingen durch den Vertrauensarzt der deutschen Botschaft in Ankara Speichelproben entnommen, die am Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster analysiert werden. Die Kosten in Höhe von 600 Mark müssen die Betroffenen selbst tragen.

Während das Bundesinnenministerium wie auch das Auswärtige Amt jegliche Anordnung dieser Maßnahme bestreiten, bezeichnet das nordrhein-westfälische Innenministerium die Tests als „private" und „freiwillige" Angelegenheit zwischen den AntragstellerInnen und dem Münsteraner Institut. Wenn die sich allerdings ihre Probe nicht „freiwillig" entnehmen lassen, wird ihnen die Einreise in jedem Fall verweigert. Auch DNA-Analysen bei Flüchtlingen aus anderen Ländern sind bekannt. (27)

Willi Leow

Anmerkungen

(1) Vgl. Alan Leinwand: Vom Einzelfall zur politischen Maßnahme; in diesem kassiber.

(2) Kanther in diesem Absatz zitiert nach: Start frei für die zentrale DNA-Analyse-Datei beim Bundeskriminalamt, in: Das BMI informiert, 14.4.1998.

(3) Die sehr große Koalition, die sich am 6.12.1996 im Bundestag auf die StPO-Ergänzung geeinigt hatte, war die gleiche, die im Juni 1998 für die Zentraldatei stimmte. Der von den SPD-(mit)regierten Ländern dominierte Bundesrat stimmte Anfang 1997 zu.

(4) Wie gut die richterliche Kontrolle funktioniert, zeigt sich am Beispiel der Telefonüberwachungen. So wurde 1996 von den knapp 8.000 beantragten Abhörmaßnahmen nach Angaben des Rechtsanwalts Christian Busold (Berater der Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion) immerhin 0,1 Prozent durch eine/n RichterIn abgelehnt; Weser-Kurier vom 6.2.1998.

(5) Vgl. göttinger rechtshilfe (GÖRE): Das Ende des Spuckizeitalters?, in: kassiber 35, Juni 1998, S. 44f.

(6) Frankfurter Rundschau und Weser-Kurier vom 7.4.1998.

(7) Die Welt vom 22.4.1998.

(8) Die Welt vom 20.4.1998.

(9) Vgl. Manuel Kiper (Forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen): Big Brother stützt sich auf Biologie, in: Gen-ethischer Informationsdienst (GID), Nr. 127, Juni 1998, S. 8ff.

(10) Weser-Kurier vom 4.4.1998.

(11) Die Welt vom 21.4.1998.

(12) Deutscher Bundestag, DS 13/10791 vom 26.5.1998 (Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen).

(13) So etwa durch den CSU-Innenpolitiker Wolfgang Zeitlmann in der Bundestagsdebatte am 24. Juni 1998; Weser-Kurier vom 25.6.1998.

(14) Nach Angaben eines Sprechers des niedersächsischen Innenministeriums war die von der Polizei genannte und von den Medien verbreitete Zahl 18.000 nicht korrekt, vielmehr seien 16.400 Männer zum Test aufgerufen worden; Weser-Kurier vom 16.4.1998.

(15) Die Welt und Weser-Kurier vom 14.4.1998.

(16) Weser-Kurier vom 16.4.1998.

(17) Weser-Kurier vom 19.4.1997, 21.4.1997 und 28.4.1997.

(18) Weser-Kurier vom 16.12.1996 und 23.12.1996.

(19) Weser-Kurier vom 23.8.1996.

(20) Beat Leuthardt: Leben online, (rororo aktuell 13765), Reinbek 1996, S. 88f.

(21) Weser-Kurier vom 12.8.1995.

(22) Kiper, a.a.O.

(23) Kiper, a.a.O.

(24) Weser-Kurier vom 23.4.1998.

(25) Öffentliche Sicherheit, 10/97, S.8; zitiert nach: Kiper, a.a.O.

(26) Leuthardt, S. 63ff.

(27) Vgl. Werner Reisberger: Ohne Gen-Test keine Familienzusammenführung. Genetische Fingerabdrücke bei Flüchtlingen; in: ak 415, 5.6.1998.



«Modell Chile»

Kongress Neoliberalismus weltweit – 25 Jahre Modell Chile (1973-1998) 19. - 21. November 1998 in Münster (D)

Chile vor 25 Jahren: Am 11. September 1973 putschte das Militär mit Unterstützung der USA gegen die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes. Damit wurde das Projekt eines auf Emanzipation und soziale Gerechtigkeit ausgelegten «demokratischen Weges zum Sozialismus» blutig beendet. Chile wurde zum Labor für eines der ersten Experimente mit neoliberalen Politikansätzen – hier wurde ein Grundstein für die jetzige weltweite Vorherrschaft des Neoliberalismus gelegt. Diese Tatsache soll zum Anlaß genommen werden, die Debatten um Neoliberalismus, Globalisierung, Postfordismus, Sozialabbau und ökologische Krise zu beleuchten. Es sollen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede der Entwicklungen und Perspektiven des Widerstands in Lateinamerika und Europa diskutiert werden. Der Kongreß ist in fünf inhaltliche Foren unterteilt. Jedes dieser Foren wird mit jeweils einem/r VertreterIn aus Lateinamerika und einem/r VertreterIn aus Europa besetzt. Dieser Austausch soll zu einer Vernetzung von sozialen Bewegungen beitragen, die dem globalen Neoliberalismus vielfältige und entschiedene Widerstände entgegensetzen.

Kongressprogramm

Donnerstag, 19.11.1998

19.00 *Eröffnung: Paco I. Taibo (Mexiko)*

Freitag, 20.11.1998

9.30 Teil I: *Der Militärputsch in Chile vor 25 Jahren, Lateinamerikanische Dimensionen der Militärdiktatur in Chile: Manuel Cabieses (Chile) Vortrag mit anschließender Diskussion*

11.00: Historische Grundlagen des Putsches mit Blick auf die Solidaritätsbewegung in Europa: Urs Müller-Plantenberg (BRD) Vortrag mit anschließender Diskussion

14.00 Teil II: *Globalisierung, das Modell» Chile und Neoliberalismus in der BRD Diskussionsforen mit Vorträgen:*

Forum 1: *Ökonomie, Ökonomische Strukturen der Globalisierung, Franz Hinkelammert (BRD), Rafael Agacino (Chile)*

Forum 2: *Politik und Herrschaft, Nationalstaatlichkeit und Demokratie, Johannes Agnoli (BRD), Tomás Moulian (Chile)*

Forum 3: *Feminisierung der Armut, Gisela Notz (BRD)/ Encarnación Gutiérrez u. Isabel Cárcamo (Chile)*

Forum 4: *Ökologie, Die ökologischen Grenzen des Kapitalismus, Maria Mies (BRD), Marcel Claude (Chile)*

Forum 5: *Kulturelle Identitäten, Auflösung und Konstruktion von kulturellen Identitäten, A. Demirovic (BR D) J. Bengoa (Chile)*

Forum 6: *Theologie der Befreiung, Kirchen und Befreiung, Kuno Füssel (BRD), Pablo Richard (Costa Rica)*

16.30:Podiumsdiskussion der ReferentInnen der verschiedenen Foren mit anschließender Plenumsdiskussion 21.00 Kulturprogramm (interne Veranstaltung für die KongreßteilnehmerInnen: Peña mit Angel Parra und deutschen KünstlerInnen aus Münster u. Umgebung; mit viel Raum zum Kennenlernen und für Gespräche)

Samstag, 21.11.1998

9.30 Teil III: *Neoliberalismus und Widerständigkeiten*

Diskussionsforen mit Impulsreferaten von zwei deutschen ReferentInnen, kommentiert von einem/r LateinamerikanerIn

Forum 1: *Ökonomie, Verteilungsgerechtigkeit – Systemkritik*

Forum 2: *Politik und Herrschaft, Zwischen «Runden Tischen» und «aneckender Konfrontation»*

Forum 3:*Feminismus ohne Rassismus, Perspektiven von Frauensolidarität*

Forum 4: *Ökologie – Zwischen Lobbyarbeit und ökologischen Alternativen*

Forum 5: *Kulturelle Identitäten, Perspektiven von Kulturen des Widerstandes*

Forum 6: *Theologie der Befreiung, Orte befreienden Christentums*

14.00: Fortsetzung der Foren

17.00: Die Linke zwischen den Welten: Luis Vitale (Chile), Vortrag

20.00: Konzert (öffentlich) mit CRESSENTO



Infos u. Anmeldungen: Kongreßbüro c/o Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, 48153 Münster Tel. 0251/524728 Fax: 524788, Email: chile.kongress@t-online.de, Kosten: 120/80 DM zzg. Übernachtung.

Die UnterzeichnerInnen und VeranstalterInnen rufen im Rahmen dieses Kongresses dazu auf, die zerstörerischen und entmenschlichenden Auswirkungen neoliberaler Politik in einem internationalen Dialog zu analysieren, auf der Basis der Differenzen gemeinsame Erfahrungen zu thematisieren und nach Perspektiven der Veränderung zu suchen.

ErstunterzeichnerInnen: E. Galeano (Schriftsteller, Uruguay), Prof. Dr. J. Hirsch (Frankfurt a.M), Prof. Dr. B. Mahnkopf (Berlin), Prof. Dr. Maria Mies (Köln), Prof. Dr. Dorothee Sölle (Hamburg) und viele andere

***Veranstalter:** Institut für Theologie und Politik (Münster) – Chile-Informationsbüro e.V. SOLIDARIDAD – Berichte und Analysen aus Chile – Die Brücke e.V. – Internationales Studierendenzentrum. – KHG/KSG **Unterstützer:** BUKO – ILA – Lateinamerika-Nachrichten – FDCL – Eine-Welt-Verein Leipzig - Hans-Böckler-Stiftung (Solidaritätsfonds)*

INTERIM

TERMINE

Offen: Dienstag bis Samstag 17.00 - 24.00 Uhr & Sonntag 15.00 - 22.00 Uhr

S U Yorckstraße/ Großgörschenstraße + Bus 140, 119 & 219

☎ 785 99 73

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin

EL LOCCO

Do 15.10. Video	**"Malcolm X"** **Video 1982, USA, 85 min. Regie: Spike Lee** Spike Lee, der engagierteste Vertreter des afro-amerikanischen Films, gestalte eine sehr persönlich gefärbte Biografie des 1965 ermordeten Politaktivister Malcolm X. Geschildert wird er als zerrissener Charakter, dem nach einer drama tischen Metarmorphose ein fast guruhaftes Wesen zu eigen wird, und desser zwiespältige Botschaft vom Recht der Schwarzen auf ihre Rechte im Dilemma zwischen Christentum und Islam schließlich in eine Tragödie mündet, die wiede rum einen Kern von Hoffnung in sich birgt.	20.00 Uhr
Fr 16.10. Film	**Filmfest der Sinne** **Sindbad - Bericht aus einem anderen Leben** Uraufführung, Berlin 1997 - 98, 84 min., Regie: Harald Budde Dies ist eine Veranstaltung der Gruppe Kunsthonig	20.00 Uhr
So 18.10. Video	**"10 houses in the frontline"** 24 min. von David Gibson, Dominique John u. Nirupa Nagalingam Ein Dokumentarfilm über ein Wiederansiedlungsprojekt für tamilische Flüchtlingsfamilien in Vavuniya / Sri Lanka.	deutsch: 19.00 & 21.00 Uhr tamilisch: 18.00 & 20.00 Uhr
Do 22.10. Video	**"Ulisses"** **Video BRD 1982, 94 min. Regie: W. Nekes** Ein Tag im Leben eines Fotografen im Ruhrgebiet; ein Fotomodell träumt vor einer Karriere als Filmstar; ein junger Engländer ist unterwegs, um unsere Wel kennenzulernen: Motive und Handlungsmuster aus Homers "Odyssee" und dem "Ulysses" von James Joyce sind von Nekes zu einem eigenwilligen Werk montier und in erfrischend unverbrauchten Bildern zu einer Entdeckungsreise durch das Universum der Bilder gestaltet worden.	20.00 Uhr
Di 27.10. Vortrag	**Hannah Arendt** - libertärer Existenzialismus Vortrag mit Diskussion	20.00 Uhr
Do 29.10. Video	**"Ada"**	20.00 Uhr

Veranstaltungen im Bandito Rosso

Oktober 1998

Öffnungszeiten: Montag ab 20 Uhr: Atomic Café, Dienstag ab 20 Uhr: Unabhängige Jugendantifa, Mittwoch ab 20 Uhr: Kulturabend, Donnerstag ab 20 Uhr: Infocafé, Freitag ab 20 Uhr: wirtschaftlicher Zweckbetrieb, jeden 1. Und 3. Samstag ab 12 Uhr: Technofrühstück

Zweckbetrieb Bandito Rosso
Lottumstr. 10a, 10119 Berlin,
U-Bhf: R.-Luxemburg-Platz, Senefelder Platz, Nachtbus 52

Fr 16. 10.. "Rote Sonne", *Spielfilm, BRD 1969*
Vier junge Frauen in einer Münchener WG töten ihre wechselnden Liebhaber. Als eine der Frauen sich verliebt kommt es zum Showdown am Starnberger See (mit Uschi Obermeier). Anschließend: **Schlechte Musik und abgestandene Getränke XI**

Mi 21. 10."Einer trage des anderen Last", *Spielfilm, DEFA 1984*
In einem Sanatorium für Lungenkranke treffen 1950 ein Volkspolizist und ein evangelischer Vikar aufeinander. Aus anfänglicher Konfrontation entwickelt sich ein Dialog zwischen Christ und Marxist. Der Film wurde merkwürdigerweise in der DDR nicht verboten und in der BRD mehrfach preisgekrönt.

Do 22.10. (22 Uhr!!!) Flüstern und Schreien, *Dokumentarfilm, DDR 1989*
Der Dokumentarfilm beschreibt die halblegale Szene um die DDR - Independent - Bands Sandow, Feeling B, Silly und Chicorée. Auf der Suche nach der Nischengesellschaft sahen diesen Film 1 Mio. DDR-Bürger - Besucherrekord bei Dokumentarfilmen.

Fr 23. 10. "Meet the Feebles", *Spielfilm, Neuseeland 1990*
Die Feebles - Fernsehtruppe, eine Ansammlung chaotischer und größtenteils verhaltensgestörter Tiercharaktere, liefert sich vor und hinter der Bühne einen Kampf bis aufs Messer. Makabrer Humor, gewalttätige Szenen und melodramatische Elemente wechseln sich in dieser "Muppet - Show für Erwachsene" ab.

So 25.10., 20 Uhr (!!!) Kulturabend EXTRA: Schwarzleserey,
Literaturabend mit **Autoren und Open Mike**

Mi 28. 10. Unsere Kinder *Dokumentarfilm, DDR 1988*

Als dieser Film 1988 in die DDR-Kinos kam war er eine Sensation. Der Filmemacher beschäftigt sich mit den sogenannten Randgruppen der Sozialistischen Jugend, also: Punks, Skins, Gruftis, Langhaarige, Linksradikale ... Alle kommen zu Wort und der Filmemacher übt keine Zensur. Der Film war über Wochen ein Kassenschlager, und es verwundert sehr, daß er nicht verboten, oder vorzeitig aus den Kinos genommen wurde.

Alle Filme werden auf Video-Großbild gezeigt.
Alle Veranstaltungen beginnen spätestens 21 Uhr
(wenn nicht anders angegeben).

30 Jahre

Prager Frühling

Filme der Tschechoslowakischen „Neuen Welle"

Filmreihe im *„Größenwahn"*: Kinzigstraße 9, Hinterhaus; 10247 Berlin Friedrichshain; U5-Samariterstr., S-Bhf. Frankfurter Allee, Tram 21, Bus 240: Wismarplatz.



Auftaktveranstaltung:
Vortrag und Diskussion mit Bernd Gehrke und Thomas Klein zur Bedeutung von Prag '68 für die DDR-Opposition.
Animationsfilm: *„Der Tod des Stalinismus in Böhmen"*
Donnerstag, 22. Oktober 20[00] Uhr

„Scharf beobachtete Züge" (Ostre sledovane vlaky)
Regie: Jiri Menzel, CSSR 1966, 90 Minuten
Donnerstag, 29. Oktober 20[00] Uhr

„Der Laden auf der Hauptstraße" (Obchod na korze)
Regie: Elmar Klos/Jan Kadar, CSSR 1965, 122 Minuten
Mittwoch, 4. November 20[00] Uhr

„Der Feuerwehrball" (Hori ma panenko)
Regie: Milos Forman, CSSR 1967, 80 Minuten
Donnerstag, 12. November 20[00] Uhr

„Tausendschönchen" (Sedmikrasky)
Regie: Vera Chytilova, CSSR 1966, 74 Minuten
Donnerstag, 19. November 20[00] Uhr

Einladung

zur Premiere des Films

10 Houses on the Frontline

ein Dokumentarfilm über ein Wiederansiedlungsprojekt für tamilische Flüchtlingsfamilien in Vavuniya / Sri Lanka (Länge: 24 Minuten)
von David Gibson, Dominique John, Nirupa Nagalingam

am 18.10.1998
im **El Locco, Kreuzbergstr. 43, Schöneberg**

tamilische Fassung: 18.00 Uhr und 20.00 Uhr
deutsche Fassung: 19.00 Uhr und 21.00 Uhr

es gibt tamilisches Essen und wir freuen uns auf einen netten Abend!

Veranstaltungsreihe „Das strahlende Gold"
Uranabbau weltweit

Freitag, 16. Oktober, 19.30 Uhr
Uranabbau - Wie geht das eigentlich?
Einführungsveranstaltung, Technicks und Fakten
Referent: Peter Diehl, Dresden

Sonntag, 18. Oktober, 19.30 Uhr
Indianer leisten Widerstand
Uranabbau in Kanada
Referent: Günter Wippel, Freiburg

Donnerstag, 22. Oktober, 21.00 Uhr.
Uranium
Film über den Uranabbau in Kanada, englisch

Freitag, 23. Oktober, 19.30 Uhr
Hände weg von Jabiluka
Widerstand der Aboriginal gegen den Uranabbau in Australien
Referent: Hans Foik, Australien, Werner INKÖ Köln

Freitag, 28. Oktober, 19.30 Uhr
Eine deutsche Kolonie
Uranabbau in Afrika
Referent: Reinhardt Saire

Donnerstag, 29. Oktober, 21.00 Uhr
Das Uran gehört der Regenbogenschlange
Film über den Widerstand gegen Uranabbau in Australien

Montag, 2. November, 19.30 Uhr
Wismut - Versuchskaninchen für Ost und West
Uranabbau in der DDR
Referent: Georg Heydecke, Zwickau

Donnerstag, 5. November
Wismut
Film

Freitag, 13. November
Der strahlende Osten
Uranabbau in Osteuropa
Referent: Gerd Schmidt, Öko-Institut Darmstadt

Mittwoch, 18. November, 19.30 Uhr
Uran ein Schlüssel für Widerstand und eine strategische Allianz
Abschlußdiskussion mit AktivistInnen aus Anti-Atom-Bewegung und Solidaritätsgruppen

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V.



INTERIM

TERMINE

CAFÉ ☆ GRÖßENWAHN

immer samstags, Eintritt frei

Samstag, 17.10.1998 ab 16.00 Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr: Film: **Auf Wiedersehen Amerika**

Unfreiwillig verschlägt es einen einstmals aus Deutschland geflohenen New Yorker Juden wieder nach Mitteleuropa. BRD, Polen 1994

Samstag, 17.10.1998 Nur für Frauen/Lesben Eintritt frei

20.30 Uhr Film: **Kabelschnitt**

Anschauliches Beispiel einer Möglichkeit, die bundesdeutsche Abschiebepraxis militant zu sabotiren.

Freitag 23.10.1998 Die Gröwa England - Reihe: 20.00 Uhr: Film

Brassed Off Mit Pauken und Trompeten GB 1997 Regie: Mark Herman

Gloria kehrt in ihre Heimatstadt zurück und alles hat sich verändert: die Kumpels sind von der Zechenschließung bedroht, und ihre Blaskapelle soll aufgelöst werden. Aber mit Gloria ändert sich einiges

Samstag, 24.10.1998 16.00 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr: Film **Mütter und Söhne** Irl./GB/USA 1996

Eine Mutter wird durch ihren Sohn, der zu den hungerstreikenden IRA Häftlingen des Jahres 1979 gehört, für die politischen Probleme Nordirlands sensibilisiert.

Sonntag, 25.10.1998 12.00 Uhr Sonntagsmatinee

Größenwahn und Kino Arsenal zeigen zum Abschluß der Marcel Ophuls - Reihe

Memory of Justice

Regie: Marcel Ophuls Wegen Überlänge Eintritt 15.- DM

Ophuls versteht die Nürnberger Prozesse als Ausdruck der immerwährenden Idee der Gerechtigkeit angesichts von Kriegsverbrechen in aller Welt. Vor diesem Hintergrund stellt er den Naziverbrechen den Viertnamkrieg und den Algerienkrieg gegenüber. Dies geschieht aber nicht, um „Auschwitz" und den Vernichtungsfeldzug des dritten Reiches zu relativiren oder mit Vietnam gleichzusetzen. Vielmehr geht Ophuls in seiner Art der komplexen Filmmontage der Frage der Schuld und des eigenen Schuldempfindens nach. Er führt die Grausamkeit jener Verkehrung vor, nach der sich Opfer schuldig fühlen, und sich ihre Verfolger zu munschuldig Verfolgten erklären.

ACHTUNG: DIESER FILM WIRD IM KINO ARSENAL (Welser Str.. 25, 10777 Berlin, Tel.: 2190010) GEZEIGT:

KARTEN AM BESTEN VORHER IM GRÖWA HOLEN!

Samstag, 31.10.1998 16.00 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr: Film

Lisbon Story

In eigener Sache ...Ihr könnt auch eigene Veranstaltungen im Größenwahn machen.

Redaktionsschluß für dieses Programm ist der 20. Des Vormonats, Meldet euch vorab telefonisch

EX:

Infoveranstaltung GEGEN die Agenda 21

Mit einem rassistischen, patriarchalen, neoliberalen, gentechnik- und atomfreundlichen Dokument der Herrschenden für die Umwelt kämpfen? Wir meinen: NEIN! Die Agenda 21 muß bekämpft, ihre UnterstützerInnen isoliert werden. Eine Veranstaltung der Gruppe Landfriedensbruch Berlin mit Jörg Bergstedt, Autor des Buches „Agenda, Expo, Sponsoring: Recherchen im Naturschutzfilz"

Donnerstag 15.10.98, 20.00 Uhr

im „Ex" (Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Kreuzberg)

Linke Kritik an aktuellen Ökosteuerkonzepten

Umweltverbrauch verteuern, Lohnnebenkosten entlasten: Ein einfaches und neoliberales Konzept für Wachstum der Volkswirtschaft. Wenn über Ökosteuer diskutiert wird, dann werden diese Konzepte nach rechts verteidigt, es reden meistens Ökos mit Industriedachverbänden. Wir kritisieren die Ökosteuer von links, stellen die Entwicklung der Ökosteuerkonzepte bis heute dar, gehen der Frage nach, ob da nicht der Endverbraucher belastet wird, während die Industrie großzügige Ausnahmeregelungen und Anpassungshilfen bekommt und andere Instrumente der Umweltpolitik (Verbote etc.) vernachlässigt werden. Eine Veranstaltung der Gruppe Landfriedensbruch Berlin mit Jörg Bergstedt, Autor des Buches „Agenda, Expo, Sponsoring: Recherchen im Naturschutzfilz"

Montag, 19.10.98, 20.00 Uhr

im „Ex"

5.11. 19.00 Uhr EX

"Arbeit macht frei"

Veranstaltung der Faschaftsini am OSI mit Klaus Thörner anschließend Diskussion zur Frage: "gibt es auch andere hinreichende Erklärungsansätze als antideutsche ?"

FRAUEN UND NATIONALISMUS IN KROATIEN

[illegible]

WOMEN AND NATIONALISM IN CROATIA

19. Oktober 1998, 19 Uhr, FU Berlin.

„Das Private ist politisch“

denken viele an:

• „Bei sich selbst anfangen...“ (und dort bleiben) •

• Innerlichkeitswahn •

• Instrumentalisierung von Persönlichem für Machtpolitik •

Für uns ist die Forderung, die in diesem Slogan steckt, nach wie vor nicht eingelöst, ihre Umsetzung immer neu zu erstreiten.

Wir sind vier Männer, die einen jeweils unterschiedlichen Zugang zum Thema haben und über unterschiedliche Erfahrungen verfügen. Unsere Veranstaltung besteht deshalb aus vier Teilen an zwei Terminen:

Am 18.10. geht es mit Bezug auf Erfahrungen, die mit MRT (MännerRadikaleTherapie) gemacht wurden, um das Verhältnis von **Therapie und Politik**. Und um die Bedeutung des Sub-, nein, nicht -commandantes, sondern des **Subtextes der Politik** linker Männer, der ihre mit viel Aufwand verdrängte Subjektivität doch wieder an die Oberfläche spült...

Am 15.11. wird es um zwei Möglichkeiten gehen, wie Männer versuchen, ihr Leben zu gestalten, und dabei sowohl politischen Ansprüchen als auch subjektiven Bedingungen und Wünschen gerecht zu werden:

Zum einen soll die **Wohnform „Männer-WG“** in ihren Chancen und Grenzen ausgelotet werden, zum anderen wird es einen Beitrag zum Thema **„Vaterschaft und Politik“** geben.

Beide Veranstaltungen sind nicht als Vortrags- und Langeweile-Veranstaltungen gedacht. Wir freuen uns auf alle, die Lust haben, nach unseren hoffentlich anregenden Einleitungen offen zu diskutieren.

Zeit und Ort ist jeweils: 19 - 22 Uhr im EX, Gneisenaustraße 2a

Rahmenprogramm und zeitlicher Ablauf der 1. Münsteraner libertären Buchmesse am 29.10.1998 in der Baracke, Scharnhorststr. 100

13.30 - 13.50 Uhr Aufbau der Info- und Büchertische
ca. 14.15 Uhr kurze Eröffnungsrede und Vorstellung der Verlage und Initiativen
ca. 15.00 Uhr Lesung von Ralf Burnicki, danach Pause
ca. 16.15 Uhr Lesung von Petzi, danach kurze Pause
ca. 17.15 Uhr Lesung von Michael Halfbrodt, danach kurze Pause
ca. 18.15 Uhr Lesung von Lou Marin
ca. 20.30 Uhr Abbau aller Büchertische und Infostände
ca. 21.15 Uhr Cochise-Konzert oder/und eine andere Band (u.U. Daddy Longleg)
Initiativen, Infoläden & Verlage, die ausstellen wollen, melden sich bitte umgehend beim Veranstalter (s.o.)

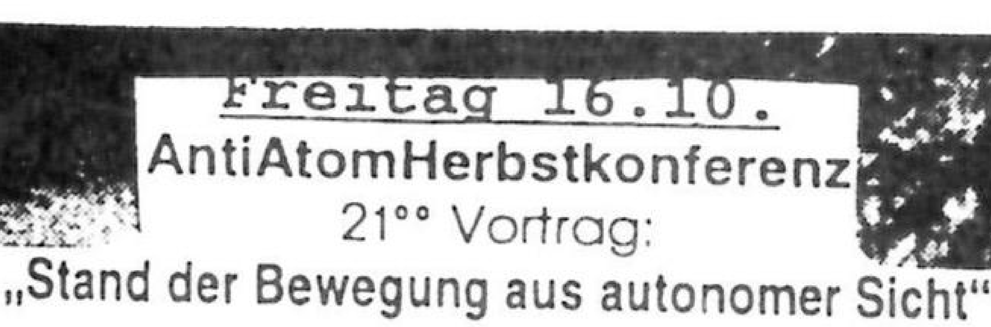
Libertäre Dr. Andentage und A-Buchmesse Münste[r]
28./29./30. Oktober 1998 in der Baracke, Scharnhorststr. 10[0]

Mi., **28.10.** ab **20 Uhr**: **Lichtbildvortrag** und **Buchvorstellung** von Dr. phil. Bernd Drücke: „Zwisch[en] Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland“ (Verl[ag] Klemm & Oelschläger, Ulm 1998).

Do., **29.10.**, **14 - 20.30 Uhr**: **Libertäre Buchmesse** und **Lesungen** mit Ralf Burnicki („Anarchie a[ls] Direktdemokratie. Selbstverwaltung, Antistaatlichkeit. Eine Einführung in den Gegenstand der Anarchie“ Syndikat A, Moers '98), Jens Petz Kastner („Pille Palle Poems“, Edition Blackbox, Bielefeld '98), Micha[el] Halfbrodt („Louis Mercier Vega: Reisende ohne Namen“, Edition Nautilus, Hamburg '97) und Lou Mari[n] („Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus“, Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg '98). Ab **21 Uhr Konzert** mit der wiedervereinigten Anarchofolkband *Cochise* (angefragt) oder/und einer andere[n] Gruppe.

Fr., **30.10.** ab **20 Uhr**: **Die etwas andere Dr. Anden Party** mit den anarchistischen Liedermachern *Baxi* („D[er] Einzelfall“, Falling Down Records, Münster '98) und (angefragt) Uli Klan (Erich Mühsam-Lieder, Wuppertal) sowie dem A-gitationskabarett *Blarzer Schwock*. Außerdem: Musik, Essen, Trinken, gute Laune,...

Weitere Infos? Anmeldungen? Schlafplätze? Meldet Euch bitte umgehend beim Veranstalter
→ Dr. Ückeberger, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, D-48153 Münster. Tel. 0251/279587.



<u>Samstag 17.10.</u>
AntiAtomHerbstkonferenz
ab 21.30 Party

<u>Sonntag 18.10.</u>
19°° *Der* Politik *Die* Private *Das* Mann
Wieso Weshalb Warum ?
Eine Diskussionsveranstaltung zu
<u>Männlichkeit, Subjektivität und Politik</u>
vorbereitet von Männern für alle

<u>Samstag 24.10.</u>
SoliParty für AJAS
(Antifa Jugendaktion Schöneberg)
Bands & Party

<u>Sonntag 25.10.</u>
ab 12°° FrauenLesbenTag
mit gemütlichem Herbstfrühstück
19.30 Doko-Turnier!

<u>Samstag 31.10.</u>
10 Jahre Autofocus
Party!

Veranstaltungs-/Konzert-/Party-Anfragen
jeden Mittwoch 17-19°° im EX
Anfragen für den Lautsprecherwagen
jeden Freitag ... im EX

<u>Öffnungszeiten</u>
Montag ab ...
Dienstag - Freitag ab ...
Samstag/Sonntag je nach Veranstaltung

KÜCHE im EX
Dienstag bis Freitag gibt es ...
... überwiegend biologisch-angebauten
Zutaten.
Danach gibt es verschiedene Snacks.

EX
im Mehringhof
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin-Kreuzberg



Bernd Drücke

Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht?

Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland

Jahrelang hat Bernd Drücke die Entwicklung von 21 libertären DDR-Untergrundblättern und 475 libertären Zeitschriften aus der Bundesrepublik nachgezeichnet und analysiert, um so die Geschichte der anarchistischen Bewegungen und ihrer „schwarz-roten Sternschnuppen“ zugänglich zu machen und für die Nachwelt zu erhalten. Herausgekommen ist - so ein Rezensent - *„ein imposantes und einmaliges Werk, das nicht nur eine Lücke in der Anarchismus-Rezeption und -Forschung der letzten Jahre schließt, sondern auch gleichsam von 'bleibendem Wert' sein wird. Diese Arbeit wird in die Geschichte der deutschen Anarchismus-Forschung als ein 'Meilenstein' eingehen.“*

648 S., 130 Abb., **59.80 DM**
ISBN 3-932577-05-1
Verlag Klemm & Oelschläger
Pappelauer Weg 15
D-89077 Ulm

Bernd Drücke

Serxwebun[!]

Gesellschaft, Kultur und Geschichte Kurdistans

Eine soziologische Analyse aus libert[ä]rer Sicht. Inhalt:
Begriffliche Klärung & allgemeine I[n]formationen: Geographische Lage, B[e]völkerung, Gelände, Natur, Klim[a], Sprache, Religion, Ökonomie, Landwi[rt]schaft, halbnomadische Transhuman[z], nomadische Weidewirtschaft, Stamme[s]verbände, feudale Beziehungen. D[ie] Rolle des dörflichen Haushalts. D[ie] Situation der Frauen in Kurdistan. G[e]schichte Kurdistans: Ethnische Zuor[d]nung/legendäre Ursprünge. Der kur[di]sche Nationalismus. Die Entwicklung[en] in Kurdistan nach dem 1. Weltkrieg. D[er] kurdische Widerstand gegen d[ie] „Zentralstaaten“ Irak, Iran, Syrien, Tü[r]kei. Gegenöffentlichkeit in der Tü[r]kei/Türkisch-Kurdistan: Die pro-kur[di]schen Tageszeitungen Özgür Gü[n]den/Özgür Ülke/Yeni Politika/Özg[ür] Politika. Die anarchistisch[en] „Feuerdiebe“: Libertäre Presse in d[er] Türkei & in Kurdistan. Der Mensche[n]rechtsverein IHD. Die Parteien HE[P], DEP & HADEP. Die PKK. Ausblick.

1. Aufl., Bielefeld, Aug. 1998, 64 S.
6 DM (& 1,50 DM Porto)

Edition Blackbox
Libertäre Leihbücherei
Wittekindstr. 42
D-33615 Bielefeld
Tel. 0521/123700

Anti-Atom Herbstkonferenz

Mit AGs zu folgenden

Themen:

- Siemens-Boykott
- Stand der Bewegung aus autonomer Sicht
- Bundes- & Landespolitik
- Autobahn-Hüttendörfer
- Atomstandorte Greifswald & Rheinsberg
- Umgang mit Repression
- NIXmehr-Kampagne
- Kletterworkshop
- Uranabbau & -anreicherung
- Gentechnik
- Sexismus
- Antifa

Party

Samstag, 17.10.

ab 21^30 Uhr im EX

Abschlußaktion: Sonntagsspaziergang in Rheinsberg 15 Uhr

[16.-18.10. Berlin

Mehringhof, Gneisenaustr. 2a]